

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 182

März 2010

€ 0,50

**Rassistischer „Krieg gegen Terror“ nach innen:
Linkspartei reiht sich ein**

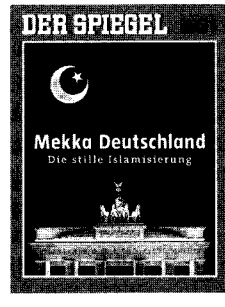
Nieder mit der antimuslimischen Hexenjagd!



Thomas Grabka

**Rassistische Hetzer Buschkowsky und Sarrazin (SPD).
Spiegel fördert Islamophobie. Muslimische Frauen protestieren nach Mord an Marwa El-Sherbini in Dresden**

Im baden-württembergischen Donaueschingen weigerte sich Anfang Februar eine Kieferorthopädin, einen 16-jährigen Jungen zu behandeln, weil dieser Cihad hieß. Sie habe den Namen als „Kriegserklärung gegen alle Nicht-Islamisten“ empfunden, sagte sie dem *Schwarzwälder Boten* (5. Februar), und wolle „nichts mit gewaltbereiten Menschen zu tun haben“. Diese Diskriminierung ist eine der üblen Früchte des staatlichen rassistischen „Kriegs gegen Terror“. So wurde die Kampagne gegen den Namen schon zuvor von staatlicher Seite betrieben. Drei Jahre lang, durch drei Instanzen hatte der Innensenator des Berliner SPD/LINKE-Senats, Erhard Körting, dagegen geklagt, dass ein Berliner Kind den Namen Djeihad tragen darf. Der Name bedeutet nicht einfach „Heiliger Krieg“ – Körting eiferte gar, der Name beinhalte „Tod den Christen und den Juden“! –, sondern wörtlich übersetzt die Bemühung oder Anstrengung um die Religion, worauf das Berliner Kammergericht auch hinwies, als es als letzte und höchste Instanz Körtings Klage endgültig abwies. Aber darum ging es nicht – es ging darum, einen im türkischen und arabischen Raum weit verbreiteten Namen wie Cihad mit „Islamismus“ und „Terrorismus“ zu identifizieren und seine Träger als „gewaltbereite Menschen“ zu diffamieren. Genau-



news.de

so gut hätte es Ali oder Mustafa treffen können. Die bürgerlichen Medien berichteten freundlich über Körtings staatlichen Kreuzzug, so die grüne *taz* (2. September 2009) mit der Überschrift „Richter erlauben ‚Heiligen Krieg‘ – Berliner Junge darf ‚Djeihad‘ heißen“. Der *Tagesspiegel* (2. September 2009) rügte lediglich, dass Körtings Kreuzzug viel Geld koste, bestätigte aber den rassistischen „Krieg gegen Terror“: „Ein Innensenator muss für Sicherheit sorgen und verhindern, dass islamistische Radikale gegen Gesetz und Verfassung verstoßen.“ Und so verlor Körting zwar letztlich den Streit juristisch, aber politisch ist die rassistische Rechnung aufgegangen.

In Deutschland war es die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung, die nach den Anschlägen auf Pentagon und World Trade Center am 11. September 2001 den von den USA und den EU-Imperialisten ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ für die deutsche Bourgeoisie umsetzte. Außenpolitisch dient der „Krieg gegen Terror“ als Rechtfertigung für die blutige imperialistische Besetzung von Afghanistan und Irak, während er innenpolitisch dazu benutzt wird, die jeweiligen muslimischen Minderheiten dieser Länder als den potenziellen „inneren Feind“ zu isolieren und den staatlichen

Fortgesetzt auf Seite 13

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Frauenbefreiung und sozialistische Revolution



TROTZKI

Zum Internationalen Frauentag bringen wir nachstehend Auszüge aus der Geschichte der Russischen Revolution von Leo Trotzki über die Demonstration am 8. März 1917 (alter Kalender: 23. Februar), als Arbeiterinnen in Petrograd Forderungen nach Brot und gegen den Ersten Weltkrieg erhoben. Dies war der Beginn der Februarrevolution und führte zum Sturz von Zar Nikolaus II. Neben der bürgerlichen Provisorischen Regierung entstanden Arbeiter- und Soldatenräte: eine Situation der Doppelherrschaft. Die Bolschewiki kämpften für Machtergreifung der Unterdrückten, einschließlich der Frauen, mittels dieser Räte. Die Bolschewiki waren die besten Kämpfer für Frauenbefreiung, da sie verstanden, dass die Befreiung der Frauen untrennbar verbunden ist mit der Befreiung der Arbeiterklasse insgesamt. Der Weg zur Machteroberung durch die Arbeiter führte über eine Reihe von Kämpfen auch innerhalb der Partei, wie sie Lenin mit „Briefen aus der Ferne“ und den „Aprilthesen“ begonnen hatte. Siehe auch: „Russische Revolution und Emanzipation der Frauen“, Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 25, Frühjahr 2006.



LENIN

Der 23. Februar war internationaler Frauentag. In sozialdemokratischen Kreisen war geplant, ihn in üblicher Weise, durch Versammlungen, Reden und Flugblätter, auszuzeichnen. Keinem kam in den Sinn, dass der Frauentag zum ersten Tag der Revolution werden sollte. Nicht eine einzige Organisation rief an diesem Tage zu Streiks auf. Mehr noch, die bolschewistische Organisation, und zwar eine der aktivsten, das Komitee des durchweg proletarischen Wyborger Bezirks, hielt entschieden vor Streiks zurück. Nach dem Zeugnis Kajurows, eines der Arbeiterführer dieses Bezirkes, war die Stimmung der Massen sehr gespannt, jeder Streik drohte in einen offenen Zusammenstoß umzuschlagen. Da aber das Komitee der Ansicht war, die Zeit für Kampfhandlungen sei noch nicht gekommen, die Partei noch nicht genügend gefestigt, die Arbeiter hätten mit den Soldaten zu wenig Verbindungen, beschloss es, nicht zum Streik aufzurufen, sondern Vorbereitungen zu treffen für ein Hervortreten in einer unbestimmten Zukunft. Diese Linie vertrat das Komitee am Vorabend des 23. Februar, und es schien, dass alle sie billigten. Am andern Morgen jedoch traten den Direktiven zuwider die Textilarbeiterinnen einiger Fabriken in den Ausstand und entsandten Delegierte zu den Metallarbeitern mit der Aufforderung, den Streik zu unterstützen. „Schweren Herzens“, schreibt Kajurow, gingen die Bolschewiki darauf ein, denen sich die menschestischen und sozialrevolutionären Arbeiter anschlossen. Wenn aber Massenstreik, dann müsse man alle auf die Straße rufen und sich selbst an die Spitze stellen [...] „Der Gedanke an eine Aktion reifte in den Arbeitern schon längst, nur ahnte in diesem Augenblick

niemand, welche Formen sie annehmen würde.“ Merken wir uns dieses Zeugnis eines Teilnehmers, das für das Verständnis der Mechanik der Ereignisse sehr wichtig ist. [...]

Die Tatsache bleibt also bestehen, dass die Februarrevolution von unten begann nach Überwindung der Widerstände der eigenen revolutionären Organisationen, wobei die Initiative von dem am meisten unterdrückten und unterjochten Teil des Proletariats, den Textilarbeiterinnen, unter denen, wie man sich denken kann, nicht wenig Soldatenfrauen waren, spontan ergriffen wurde. Den letzten Anstoß gaben die immer länger werdenden Brotschlangen. Ungefähr 90000 Arbeiterinnen und Arbeiter streikten an diesem Tage. Die Kampf Stimmung entlud sich in Demonstrationen, Versammlungen und Zusammenstößen mit der Polizei. Die Bewegung entwickelte sich im Wyborger Bezirk mit seinen großen Betrieben [...]. An diesem Tage zog man bereits Truppenteile, wenn auch in geringer Zahl, zur Unterstützung der Polizei heran, es kam aber nicht zu Zusammenstößen mit ihnen. Eine große Menge Frauen, und zwar nicht nur Arbeiterinnen, zog zur Stadtduma mit der Forderung nach Brot. Das war dasselbe, wie von einem Bock Milch zu verlangen. Es tauchten in verschiedenen Stadtteilen rote Banner auf, deren Aufschriften besagten, dass die Werktätigen Brot wollen, aber nicht mehr das Selbstherrschertum und den Krieg. Der Frauentag verlief erfolgreich, mit Schwung und ohne Opfer. Was er aber in sich barg, das ahnte am Abend noch niemand.

Leo Trotzki, *Geschichte der Russischen Revolution*, Erster Teil: Februarrevolution (1930)

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. Februar 2010

Nr. 182

März 2010

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Für eine leninistisch-trozkistische Partei, die für eine Arbeiterrevolution kämpft!



Iran in Aufruhr

Fotos: AP

Die vor Betrug strotzende Wiederwahl des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad im vergangenen Juni hat im Iran Proteste und staatliche Repression dagegen ausgelöst. Inmitten dieses Aufruhrs verschärft die Obama-Regierung ihre Drohungen eines militärischen Vorgehens gegen Irans Atomprogramm weiter, gleichzeitig bereitet sie eine neue Runde von Sanktionen zur Erdrosselung der iranischen Wirtschaft vor. In einem Artikel, der sich weitgehend auf Informationen aus Regierungskreisen in Washington stützt, berichtete die *New York Times* (6. Januar), dass der Iran „einen wachsenden Teil seiner atomaren Anlagen in Netzwerken von Tunneln und Bunkern“ versteckt hat, die nach den Worten des israelischen Verteidigungsministers Ehud Barak „nicht durch einen konventionellen Angriff zerstört werden können“.

Die *Times* enthüllte, dass das Pentagon „mit Hochdruck an der Entwicklung einer tödlichen Tunnelwaffe arbeitet“, die im nächsten Sommer einsatzbereit sein soll. Die über 6 m lange Bombe mit der Bezeichnung „Massive Ordnance Penetrator“ soll tonnenweise Sprengstoff enthalten – zehnmal mehr als ihre Vorgängermodelle – und ist für den Abwurf von einem B-2-Tarnkappenbomber konzipiert. Angesichts solcher Drohungen muss das internationale Proletariat die Entwicklung von Atomwaffen durch den Iran verteidigen und fordern: Imperialisten – Hände weg!

Inzwischen ist die US-Außenministerin Hillary Clinton auf internationaler Tour, um eine Allianz für massive Sanktionen gegen den Iran zusammenzutrommeln, was nur ein erster Schritt zum Krieg ist. In Deutschland bildet sich eine ganz große Koalition, einschließlich Grünen und SPD, für diese angeblich friedliche Lösung. Auf der Münchener NATO-Sicherheitskonferenz Anfang Februar – wo jedes Jahr die nächsten imperialistischen Schweinereien koordiniert werden – wurde der iranische Außenminister vorgeführt: Als er nicht die verlangte totale Kapitulation vor den versammelten imperialistischen Schlächtern verkündete, beschwerte sich Kriegsminister zu Guttenberg, ein Rechtfertiger des Massakers von Kunduz, „dass die ausgestreckte Hand des Westens von Iran ‚nicht nur nicht ergriffen, sondern weggeschlagen wird‘“ (*Süddeutsche Zeitung*, 7. Februar). Die angeblich ausgestreckte Hand des Westens ist in Wirklichkeit die Hand, die den Iran in die

Knie zwingen und erdrosseln soll. Mit den Sanktionen soll der Iran um Jahrzehnte zurückgeworfen werden und reif gemacht werden für das Abschlachten durch den US-Imperialismus und seinen lokalen Sheriff, Israel. **Weg mit allen Sanktionen! Imperialisten und Israel: Hände weg vom Iran!**

Der pro-israelische Flügel der Partei Die Linke bekennt sich trotz „pazifistischer“ Bauchschmerzen über Israels Kriegskurs gegen die Palästinenser offen zur Unterstützung Israels durch den deutschen Imperialismus. Während des israelischen Massakers an der Bevölkerung des Gaza-Streifens trat der Berliner Linke-Vorsitzende Klaus Lederer bei einer Kundgebung „Solidarität mit Israel!“ am 11. Januar 2009 auf. Das war eine Rechtfertigung der totalen Zerstörung der gesamten Infrastruktur im Gaza-Streifen und des Abschachtens von Zivilisten!

Der andere Flügel der über den Nahen Osten tief gespaltenen Linkspartei versucht ein eher Israel-kritisches Bild zu vermitteln. Dieser Flügel, zu dem auch Migranten und ethnische Minderheiten gehören, gibt sich ein pazifistisches Image und versucht als „Anti-Kriegspartei“ zu punkten. So



U.S. Navy

Schiffe der US-Marine patrouillieren im Persischen Golf, November 2009. Iran braucht Atomwaffen zur Abschreckung imperialistischer Angriffe. Oben: Iranische Bullen im Sturmangriff auf Regimegegner in Teheran; Barrikaden werden errichtet, 27. Dezember

Imperialisten, Hände weg!

erklärte der damalige außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Die Linke, Norman Paech, am 15. September 2009 bezüglich Irans: „DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich von diesen Drohungen offen zu distanzieren und die Regierungen der USA und Israels vor derart völkerrechtswidrigen Angriffen und ihren katastrophalen Auswirkungen eindringlich zu warnen.“ Norman Paech pochte zuletzt am 24. November auf dem Hamburger Parteitag der Linkspartei auf die „absolute Treue zum Völkerrecht“. Damit akzeptieren Paech und Co. jedoch gerade den Rahmen, den die Imperialisten setzen, indem sie tödliche Illusionen in ein Völkerrecht schüren, das durch die UNO, die imperialistische Räuberhöhle, durchgesetzt wird. Allein im Namen von UNO und Völkerrecht wurden 1,5 Millionen Menschen im Irak der Hungerblockade von 1991 geopfert. Eine Partei, die wirklich gegen imperialistischen Krieg ist, kann nicht pazifistisch sein, denn sie muss für den Sturz der eigenen herrschenden Klasse kämpfen. Die Linke hat damit absolut nichts am Hut und hat ihren Frieden mit dem imperialistischen Deutschland nie auch nur in Frage gestellt. Sie strebt vehement eine Regierungsbeteiligung an, zu der „Solidarität mit Israel“ als Staatsräson einfach dazu gehört. Der „Pazifismus“ der Linken dient nur dazu, der Arbeiterklasse und den ethnischen Minderheiten Sand in die Augen zu streuen und sie gegenüber ihrer eigenen räuberischen Bourgeoisie zu entwaffnen.

Im Iran sind seit Anfang Dezember erneut Proteste ausgebrochen, zu denen einige Zehntausende von Menschen mobilisierten. Die Demonstrationswelle des vergangenen Sommers ging nach einem brutalen Durchgreifen der Sicherheitskräfte während des Herbstes bis auf weniger als einen größeren Protest pro Monat zurück. Dann, am 7. Dezember, versammelten sich Zehntausende von Studenten in Teheran und an Universitäten im ganzen Land und gerieten mit Bereitschaftspolizei und Bassids-Milizen aneinander.

Während sich die Protestdemonstrationen bei einer Auseinandersetzung, die eigentlich ein Fraktionsstreit innerhalb der herrschenden klerikalen Elite ist, politisch einer Seite unterordnen, gaben die Studentendemonstrationen vom 7. Dezember einen Eindruck des politisch heterogenen Charakters der Opposition. Mir Hussein Mussawi, der Spitzenkandidat der Opposition bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni, schloss sich den Studentendemonstrationen nicht an. Berichten zufolge trugen nur wenige der Demonstranten das charakteristische Grün von Mussawis Kampagne, und einige verbrannten sogar Bilder von Ajatollah Ali Chamenei, eine tabubrechende Handlung in einem Lande, in dem der „oberste Führer“ nur Gott gegenüber als verantwortlich gilt.

Die reformistische Linke in Deutschland ist über die Proteste im Iran gespalten: Die einen gesellen sich auf die Seite des westlichen Imperialismus und fordern wie dieser „Solidarität mit der Oppositionsbewegung“, während andere Ahmadinedschads blutiges Regime groteskerweise als „anti-imperialistisch“ beschreiben. So die Linkspartei-nahe Tageszeitung *junge Welt* (*jW*), die eine Seite bezieht mit dem Pro-Ahadinedschad-Flügel des Klerus gegen die Proteste. Am 29. Dezember schrieb der langjährige *jW*-Autor Werner Pirker: „Denn natürlich handelt es sich nicht nur um einen Kleinkrieg zwischen den Elite-Gruppierungen, sondern auch und vor allem um den Zusammenprall zweier Tendenzen der iranischen Gesellschaft. Die eine ist im Wesentlichen sozial

und antiimperialistisch orientiert und hat im früheren Revolutionswächter Mahmud Ahmadinedschad ihren Repräsentanten gefunden. Der kleine Mann wurde zum Hoffnungsträger des ‚kleinen Mannes‘, weil er dem Unmut der breiten Masse gegen den korrupten Klerus Ausdruck verlieh.“ Dies ist der reinste Hohn. Bei aller Demagogie, einschließlich abscheulichem Antisemitismus, waren Ahmadinedschad und die anderen iranischen Herrscher auf der Seite des US-Imperialismus im repressiven „Krieg gegen den Terror“ und im Anfangsstadium der Besetzung des Irak. Gleichzeitig ist das Regime im Innern verantwortlich für die Unterdrückung von Streiks, Arbeiterprotesten und wachsende Armut. Hinter der Linie von *junge Welt* und Co. steckt die „alternative Strategie“ für den deutschen Imperialismus: Ein Teil der Bourgeoisie möchte, dass Deutschland einen kapitalistischen Gegenpol zur Dominanz des US-Imperialismus bildet, vor allem durch engere Verbindungen mit dem kapitalistischen Russland.

Den Studentendemonstrationen im Iran folgte eine Reihe von Massenprotesten, die zeitlich mit religiösen Anlässen zusammentrafen. Am 27. Dezember wurden auf Massendemonstrationen in Teheran und anderen Städten, die mit dem schiitischen Aschura-Fest zusammenfielen, wenigstens acht Menschen (darunter Mussawis Neffe) von Sicherheitskräften erschossen. Etwa 2000 Menschen wurden Berichten zufolge seit Beginn der jüngsten Demonstrationswelle verhaftet. Fünf dieser Verhafteten wurden angeklagt, Mitglieder der Mudschaheddin-e-Chalk (Volksmudschaheddin) zu sein, einer iranischen Oppositionsgruppe, die bis vor kurzem von Stützpunkten im Irak aus operierte: Sie sind des Moharebeh (Krieg gegen Gott) angeklagt, worauf in jedem Fall die Todesstrafe steht. Die internationale Arbeiterbewegung muss fordern: *Freiheit für alle!*

Unter den Verhafteten befinden sich 12 Mitglieder der religiösen Minderheit der Bahai, was die Zahl der gegenwärtig im Iran inhaftierten Bahais auf 48 ansteigen ließ. Gegen sieben Bahai-Führer, die als nächste vor Gericht gestellt werden sollen, wurden neue Straftatbestände vorgebracht, die unter Umständen die Todesstrafe zur Folge haben könnten. Laut der International Campaign for Human Rights in Iran sind von der Islamischen Republik über 200 Bahai umgebracht worden, während Tausende von ihrem Arbeitsplatz gefeuert, ihres Eigentums beraubt oder verhaftet wurden.

Als weiteres Zeichen verschärfter Repression wurde ein kurdischer politischer Gefangener, Fasih Yasamani, am 6. Januar durch den Strang hingerichtet. Davor war im November ein anderer kurdischer Häftling hingerichtet worden, und wenigstens 17 weitere Aktivisten sind noch in der Todeszelle. Yasamani wurde aufgrund eines unter der Folter erpressten „Geständnisses“ angeklagt, ein Mitglied der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) zu sein, die eng mit der nationalistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der Türkei verbunden ist. Als Barack Obama im vergangenen Jahr sein Amt antrat, war eine seiner ersten Amtshandlungen, die PJAK als terroristische Organisation zu brandmarken, womit er erneut unterstrich, dass die imperialistischen Herrscher, die dem Iran mit Krieg drohen, Todfeinde aller Unterdrückten des iranischen Regimes sind. Die grundlegende Frage, mit der das iranische Proletariat heute konfrontiert ist, ist der notwendige Aufbau einer marxistischen Arbeiterpartei, die für die Klassenunabhängigkeit des Proletariats – vom Klerus, von den Nationalisten und den proimperialistischen Elementen – und für proletarische Herrschaft kämpft.

Leser, die mehr über die Entwicklung der Positionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) zum Iran erfahren möchten, verweisen wir auf unseren Artikel in Spartakist Nr. 179, September 2009: „Iran: Nieder mit dem klerikalen Regime! Keine Unterstützung für ‚Reform‘-Mullahs!“ ■

**Besucht die Website der
Internationalen Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org

USA: Oberster Gerichtshof entscheidet gegen Mumia Abu-Jamal

Die folgende Erklärung wurde am 24. Januar vom Partisan Defense Committee, Schwesterorganisation des Komitee für soziale Verteidigung, herausgegeben.

Am 19. Januar unternahm der Oberste US-Gerichtshof einen eindeutigen Schritt zum legalen Lynchmord an Mumia Abu-Jamal. Das Gericht annullierte eine Entscheidung des Bundesbezirksrichters William Yohn von 2001, die Mumias Todesstrafe aufgehoben hatte. Yohns Entscheidung war zuvor vom Dritten US-Bundesberufungsgericht aufrechterhalten worden. Die neue Entscheidung des Obersten Gerichtshofes bestätigt nur unser Beharren darauf, dass Kämpfer für Mumias Freiheit kein Vertrauen in die Gerichte haben dürfen, die auf jeder Ebene mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft konspiriert haben, um die Hinrichtung dieses unschuldigen Mannes durchzuführen.

Mumia geriet ins Visier von Polizei und FBI, als er als Teenager ein Black-Panther-Führer und später ein für seine zugespitzten Enthüllungen von Bullenbrutalität und rassistischer Unterdrückung anerkannter Journalist und MOVE-Unterstützer war. In einem unverhohlenen rassistischen und politisch motivierten Komplott wurde Mumia 1982 aufgrund falscher Anklagen, den Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia getötet zu haben, in einem abgekarteten Verfahren zum Tode verurteilt. Ohne auch nur den geringsten Tat-



Berlin, 12. April 2008: Block des KfsV bei Demo für Mumias Freiheit

von Pennsylvania nach Wiedereinsetzung des Todesurteils zurück, welches von Richter Yohn kassiert worden war, weil Mumias Prozessgeschworene fehlerhafte Anweisungen zur Urteilsfindung erhalten hatten. Der Oberste Gerichtshof wartete mit seiner Entscheidung gegen Mumia, bis er für den Neonazi Frank Spisak aus Ohio das Todesurteil wieder in Kraft gesetzt hatte, das aus ähnlichen Gründen fehlerhafter Anweisungen an die Geschworenen kassiert worden war. Tatsächlich hat der Oberste Gerichtshof dem Dritten Berufungsgericht den Marschbefehl zur Bestätigung des Todesurteils gegen Mumia erteilt. Das Dritte Berufungsgericht könnte den Fall aber auch an Yohn zurückverweisen, damit er Mumias andere noch immer anhängige Berufungspunkte verhandelt oder, was weniger wahrscheinlich ist, seine frühere Entscheidung bestätigt.

Der Oberste Gerichtshof hat auf zynische Weise den Fall von Spisak mit dem von Mumia verknüpft, nicht trotz, sondern wegen der eklatanten Unterschiede. Spisak ist ein Soziopath, der gestanden hat, seine Opfer ermordet zu haben, und der aus seiner Bewunderung für Adolf Hitler kein Geheimnis macht. Mumia hingegen hat immer seine Unschuld beteuert und erntete für seine eindrucksvollen Kommentare als die „Stimme der Entrechteten“ Beifall. Der Gerichtshof bedient sich in bewusst manipulierender Weise der Abscheu vor den Verbrechen des Faschisten Spisak, um einen Präzedenzfall für den legalen Lynchmord an Mumia zu schaffen, einem Mann, dessen „Verbrechen“ darin bestand, den rassistischen kapitalistischen Herrschern die Stirn zu bieten. Als Mumia in Free Speech Radio News den Unterschied zwischen seinem und Spisaks Fall darlegte, sagte er treffend: „Das Recht ist das Werkzeug der Machthaber, und wie die es benutzen, hängt nicht vom Recht ab; es ist eine Machtfrage.“ Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wird neue, möglicherweise langwierige Gerichtsverfahren nach sich ziehen. Doch selbst wenn Mumia seine Schlacht gegen die Hinrichtung gewinnt, ist die von den Gerichten angebotene „Alternative“ lebenslängliche Haft ohne die Möglichkeit einer Begnadigung, und

Mumia ist unschuldig – Freiheit sofort!

sachenbeweis wurde er auf der Grundlage gefälschter Ballistik- und anderer fabrizierter „Beweise“, eines von den Bullen und der Staatsanwaltschaft ausgeheckten „Geständnisses“, massiver Einschüchterung von Zeugen durch die Polizei und rassistischer Manipulation bei der Geschworenenauswahl verurteilt. Vorsitzender Richter bei seinem Prozess war der „Henker-Richter“ Albert Sabo, den ein Zeuge sagen hörte, er würde der Anklage helfen, den „N---r zu braten“. Um das Todesurteil sicherzustellen, wies die Staatsanwaltschaft auf politische Stellungnahmen hin, die Mumia als 16-jähriger Panther abgegeben hatte.

Seit seinem Prozess haben Gerichte immer wieder Unmengen an Beweisen für Mumias Unschuld beiseitegeschoben, nicht zuletzt das Geständnis von Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia Faulkner erschossen hat. Doch Mumia ist weiterhin ungebrochen und erhebt durch seine Kommentare aus der Todeszelle seine Stimme für die Unterdrückten und die Verelendeten. Das Partisan Defense Committee – eine mit der Spartacist League/U.S. verbundene klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung – ruft Gewerkschaften, Gegner der Todesstrafe und alle, die rassistische Ungerechtigkeit ablehnen, dazu auf, ihre Stimme zu erheben und zu fordern: Sofortige Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Der Oberste Gerichtshof ging gegen Mumia mit kalter Berechnung vor. Im vergangenen April wies er Mumias Antrag auf Aufhebung seiner abgekarteten Verurteilung ab. Gleichzeitig stellte er die Forderung der Staatsanwaltschaft

Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

wie Mumia in einer seiner Gefängniszeichnungen bemerkte, ist das „nur ein langsamer Tod“.

Die Verknüpfung der beiden Fälle durch den Gerichtshof wirft wieder einmal ein Schlaglicht darauf, wie der Kampf für Mumias Freiheit untrennbar mit dem Kampf zur Abschaffung der Todesstrafe verbunden ist. Das PDC ist aus Prinzip und überall gegen die Todesstrafe – für die Schuldigen wie für die Unschuldigen. Wir gestehen keinem Staat das Recht zu, darüber zu entscheiden, wer leben und wer sterben soll.

Die Todesstrafe ist ein barbarisches Relikt altertümlicher Gesetzessammlungen und, in den USA, der Sklaverei. Während im Mittelalter diejenigen, die sich Krone und Kirche widersetzen, auf die Folterbank gespannt oder auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurden, debattieren die heutigen Vertreter der bürgerlichen „Zivilisation“ darüber, welcher tödliche Giftcocktail den sich windenden, an die Bahre festgeschmaltten Häftlingen verabreicht werden sollte. Wenn die Gerichte Mumia solch eine Behandlung androhen, so beschwören sie die Zeiten herauf, als schwarze Sklaven für das Schlagen eines Weißen aus Notwehr oder für jede andere Handlung, die von den Sklavenhaltern als Herausforderung angesehen wurde, gefoltert oder umgebracht werden konnten. Die überproportional riesige Anzahl von Schwarzen in Amerikas Todestrakten bezeugt die rassistische Unterjochung der schwarzen Bevölkerung, die für die Aufrechterhaltung des amerikanischen Kapitalismus wesentlich ist. Und während Richter in ihren eichengetäfelten Zimmern den legalen Mord an den Armen, Minderheiten und Werktätigen verfügen, vollstreckt die Polizei das gleiche Urteil in noch weit größerem Ausmaß, wenn sie Jugendliche der Ghettos und Barrios auf der Straße niederschleift.

Die Todesstrafe ist der Inbegriff der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie, die von der winzig kleinen Klasse kapitalistischer Ausbeuter gegen die von ihr ausgebeuteten und unterdrückten Massen eingesetzt wird. Das „Rechts“-system bedroht Mumia mit der staatlichen Höchststrafe, die es auch gegen frühere Aktivisten, die als Bedrohung für die kapitalistische „Ordnung“ angesehen wurden, verhängt hat: die Haymarket-Märtyrer (1877), den IWW-Aktivist Joe Hill (1915) und die anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti (1927), um nur einige zu nennen. Der staatliche Rachezug gegen Mumia begann als Teil der COINTELPRO-Kampagne des FBI zur Vernichtung der Black Panther Party, bei der ungefähr 38 Panther getötet und weitere Hunderte aufgrund abgekarteter Anklagen direkt ins Gefängnis gesteckt wurden. Die Absicht der Regierung hat FBI-Direktor J. Edgar Hoover 1968 deutlich gemacht mit seiner Warnung: „Den jungen Negern und den Gemäßigten muss klar gemacht werden, dass sie, wenn sie sich revolutionären Lehren verschreiben, tote Revolutionäre sein werden.“

Mumias Fall war ein Kristallisationspunkt für den Kampf zur Abschaffung der rassistischen Todesstrafe und muss es weiterhin sein. Die Befürwortung der Todesstrafe durch die Bevölkerung ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen, nicht zuletzt wegen der vielen Fälle, in denen Häftlinge in der Todeszelle durch DNA-Beweise entlastet wurden. Selbst das konservative American Law Institute, dessen Richtlinien für die Todesstrafe der Oberste Gerichtshof zitierte, als er 1976 ein kurzes Hinrichtungsmoratorium beendete, hat seinen Ausstieg aus diesem grausigen Geschäft beschlossen, während immer mehr Enthüllungen über amerikanische Justizirrtümer ans Licht kommen. Der Oberste Gerichtshof jedoch lässt sich nicht im Geringsten von seinen Bemühungen abbringen, die Unschuldigen hinzurichten. Etwa sechs Wochen vor seiner Entscheidung gegen Mumia weigerte sich der Gerichtshof, den Berufungsantrag des schwarzen Todeszellenhäftlings Kevin Cooper aus Kalifornien zu verhandeln, trotz Beweismaterials für seine Unschuld und für ein massives Polizeikomplot. Freiheit für Kevin Cooper!

Seit wir vor mehr als 20 Jahren Mumias Fall zum ersten Mal aufgegriffen haben, ist das PDC dafür eingetreten, jeden möglichen Rechtsweg für Mumia auszuschöpfen, aber wir haben keine Illusionen in die Gerichte oder irgendeine andere Agentur des kapitalistischen Staates. Der Schwerpunkt unseres Kampfes liegt auf dem Bemühen, die multi-rassische Arbeiterklasse in den USA und die Werktätigen international zu mobilisieren, ausgehend von der Tatsache, dass das Proletariat die einzige Kraft in dieser Gesellschaft ist, die die soziale Macht besitzt, die kapitalistischen Herrscher wirklich herauszufordern. Als Mumia im Sommer 1995 mit einem Hinrichtungsbefehl konfrontiert war, haben weltweite Proteste, darunter von Gewerkschaften, die Hunderttausende von Arbeitern repräsentierten, eine entscheidende Rolle dabei gespielt, dem Henker in den Arm zu fallen.

Dieser Klassenkampfstrategie entgegengesetzt ist die Politik vieler Organisationen – Socialist Action, Workers World Party, Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und andere –, die ihre Proteste seit langem auf die Forderung nach einem neuen, fairen Prozess für Mumia ausrichten. Während nun die gerichtlichen Berufungsmöglichkeiten, auf die sie vertraut haben, nahezu ausgeschöpft sind, hat ihr Appell, der kapitalistische Staat möge doch Gerechtigkeit walten lassen, jetzt die Form von Petitionen angenommen: an Justizminister Eric Holder, er möge eine bürgerrechtliche Untersuchung von Mumias abgekartetem Prozess durchführen, und an Präsident Barack Obama, er möge sich „gegen die Todesstrafe für Mumia Abu-Jamal aussprechen“.

Diese unterwürfigen Appelle an Amerikas Oberbullen und imperialistischen Oberbefehlshaber sind eine schonungslose Anklage gegen den liberalen Glauben an die „Demokratie“ der kapitalistischen Klassenherrschaft. Holders Justizministerium warf jüngst die linksgerichtete Anwältin Lynne Stewart ins Gefängnis und drohte damit, ihre Strafe für die unerschrockene Verteidigung ihres Klienten, der terroristischer Aktivitäten beschuldigt wurde, um 28 Jahre zu erhöhen. Obama gab in seinem Wahlkampf ums Weiße Haus öffentlich bekannt, dass er die Todesstrafe befürworte, darunter auch in einem Interview mit dem rechtsgerichteten Journalisten Michael Smerconish, der mit am lautesten Mumias Hinrichtung fordert.

Nach acht Jahren des verachteten Bush-Regimes trat Obama sein Amt an, um das Image des bluttriefenden US-Imperialismus aufzupolieren. Die reformistische Linke schürt Illusionen, dass Obama „Wandel“ repräsentiere, und hängt sich an die Gewerkschaftsbürokratie an, die durch ihr Programm, „Freunde“ in den Parteien und staatlichen Agenturen des bürgerlichen Klassenfeindes zu suchen, die Kampfkraft der Arbeiterbewegung ernstlich zersetzt hat. Unterdessen bombardiert das US-Militär immer noch den Irak und Afghanistan, werden weiterhin die Häftlinge von Amerikas riesigem Gefängnis-Komplex sowie den militärischen Kerkern in Bagram und Guantánamo Bay brutal misshandelt und gefoltert und bekommen Bankiers Milliarden an Finanzhilfen, während Arbeiter ihren Arbeitsplatz und ihr Zuhause verlieren.

Wie bei allen Kämpfen gegen soziale Unterdrückung und Verarmung kann man beim Kampf für die Freiheit Mumia Abu-Jamals nur auf der Grundlage eines klaren Verständnisses von den beteiligten Klassenkräften vorankommen. Man täusche sich nicht: Indem die Kräfte von bürgerlichem „Recht und Ordnung“ nach Mumias Blut lechzen, lassen sie alle, die gegen Ausbeutung, Unterdrückung und imperialistischen Krieg kämpfen möchten, wissen, dass der Staat auch sie im Visier hat. Jeder wirkliche Kampf für Mumias Freiheit muss auf klassenkämpferischer Opposition gegen die kapitalistischen Herrscher basieren, die diesen unschuldigen Mann mehr als sein halbes Leben lang im Kerker begraben haben. **Sofortige Freiheit für Mumia!** ■

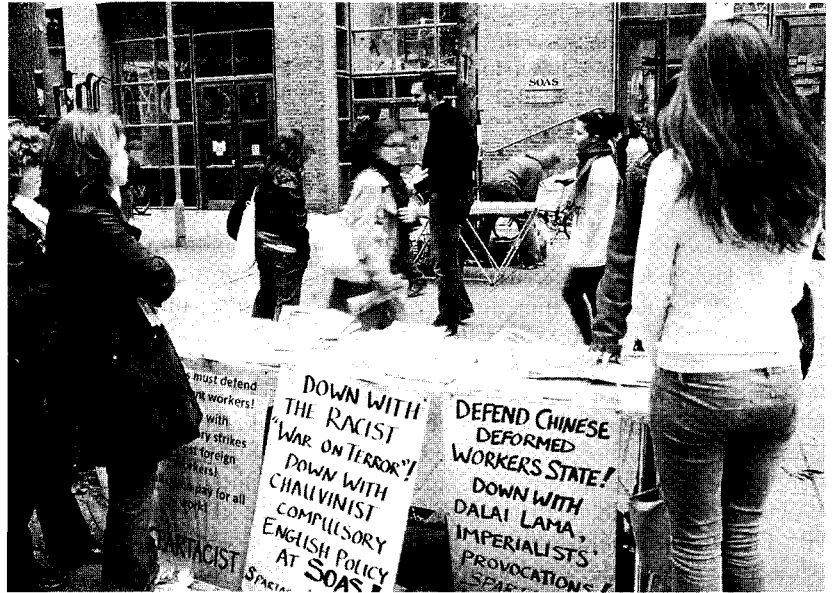
Studentenbürokraten verbannen Spartakisten vom Campus Britannien: Chauvinistischer Englisch-Zwang an Londoner Uni

Nachfolgend drucken wir einen Artikel unserer britischen Genossen der Spartacus Youth Group (SYG) ab, der Jugendorganisation der Spartacist League/Britain. Sie wurden vom Campus der School of Oriental and African Studies (SOAS, Uni London) verbannt, weil sie unnachgiebig gegen eine chauvinistische Maßnahme aus dem Arsenal des rassistischen „Krieg gegen Terror“ kämpften, wonach das Verbreiten jeglicher fremdsprachiger Literatur am dortigen Campus verboten ist. Auch in Deutschland dient der „Krieg gegen Terror“ der Ausgrenzung und Stigmatisierung von Immigranten und ethnischen Minderheiten mit arabischem oder muslimischem Hintergrund, was insbesondere Türken, Kurden und Palästinenser trifft. Unter der SPD/Grünen-Regierung begonnen, gehört er zur Teile-und-herrsche-Politik der Kapitalisten, die damit die Arbeiterklasse entlang ethnischer Linien spalten wollen, damit sie nicht vereint für ihre gemeinsamen Interessen kämpft.

Der krisengeschüttelte Kapitalismus hat den meisten Jugendlichen keine Perspektive zu bieten – krasse soziale Selektion im Bildungswesen, knappe Ausbildungsplätze, drohende Arbeitslosigkeit. Jugendliche nichtdeutscher Herkunft trifft das besonders: Während ihre Eltern oft in entscheidenden Sektoren der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften integriert sind, finden sie noch schwerer einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, der die Grundlage wäre für Unabhängigkeit und die Hoffnung, sich integrieren zu können. So bekamen 2006/07 bundesweit nur 14 Prozent aller „jungen Migranten“ einen mittleren oder höheren Schulabschluss, gegenüber 70 Prozent bei den „ethnisch Deutschen“. Bei der Ausbildungsquote ist das Verhältnis 23 Prozent zu 57 Prozent (*Tagesspiegel*, 20. Dezember 2007). Zu dieser rassistischen Diskriminierung kommt die Hetze gegen „Parallelgesellschaften“ oder „gewalttätige Migrantenjugendliche“, wie 2006 gegen die Neuköllner Rütli-Schüler.

Wir wenden uns gegen Diskriminierung und nationalen Chauvinismus und sind für die volle soziale, kulturelle und politische Gleichberechtigung, gegen jegliche Hindernisse für die Integration ethnischer Minderheiten in alle Bereiche der Gesellschaft – in Schule, Universität und Beruf. Das ist Teil des Kampfes, das Bewusstsein zu schaffen, dass der Kapitalismus weltweit gestürzt werden muss. Dazu ist eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei notwendig, die den Kampf gegen jede Form von Unterdrückung aufgreift. Dringend notwendig ist die Verbindung des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse. Nur sie hat sowohl das objektive Interesse, den Rassismus zu überwinden, der sie spaltet, und die soziale Macht, seine materielle Grundlage zu beseitigen, indem sie den Kapitalismus stürzt.

Anfang 2009 wurde in Berlin – mit den Stimmen fast aller Linkspartei-Abgeordneter – eine reaktionäre zentrale Schü-



Workers Hammer

London, 3. Oktober 2009: Spartacist-Büchertisch bei SOAS-Orientierungstag trotz Diktat der Studentenbürokratie mit Plakaten gegen die chauvinistische Sprachenpolitik

lerdatei eingeführt, die neben diversen Personendaten der Schüler insbesondere auch ihre Staatsangehörigkeit und Muttersprache erfassen soll. Wohin das führt, zeigt ein Fall aus Hamburg: Die damals 15-jährige Magdalena und ihre Mutter sollten im Sommer 2009 nach Bolivien abgeschoben werden, weil sie sich „illegal“ in Deutschland aufhielten. Entdeckt wurden sie durch das dortige zentrale Schülerregister. Zwar hat Magdalena inzwischen einen Ausbildungsplatz gefunden und darf als „Geduldete“ in Deutschland bleiben – aber ihre Mutter wird wohl trotzdem abgeschoben (*Das Parlament*, 14. Dezember 2009).

Gerade in Berlin sieht die herrschende Klasse eine ganze Schicht von Immigranten-Jugendlichen als „überflüssige“ Bevölkerung an, da sie für den Produktionsprozess nicht gebraucht werden. Jegliche Maßnahmen für wirkliche Integration widersprechen daher den Profitinteressen der Kapitalisten. An der Gustav-Falke-Grundschule im Bezirk Mitte, wo ethnische Minderheiten etwa 40 Prozent der Einwohner ausmachen, wird zum kommenden Schuljahr sogar eine Klasse ausschließlich für Kinder mit „sehr guten Deutschkenntnissen“ eingerichtet – angeblich „besteht die Angst, das Unterrichtsniveau könnte zu niedrig sein“ (*taz*, 6. November 2009)! Diese Initiative wurde von SPD-Bürgermeister Wowereit und Grünen-Bildungspolitiker Özcan Mutlu als „zukunftsweisend“ begrüßt. Wir sind gegen chauvinistische Forderungen, „nur Deutsch“ zu reden, und gegen die Verschärfung der Einwanderungsbeschränkungen unter dem zynischen Vorwand, dass Immigranten Deutsch lernen sollen. Selbst die begrenzten Programme für zweisprachigen

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Unterricht wurden in Berlin fast vollständig abgeschafft. Wie wir zur Verteidigung von türkisch-deutschsprachigem Unterricht gegen rassistische Angriffe schrieben, „verstehen wir, dass es für diejenigen, die hier leben, lebenswichtig ist, Deutsch lernen zu können, weil dies das einzige Mittel für die Integration in eine deutschsprachige industrielle Gesellschaft ist, die eine gemeinsame Sprache für Produktion und Handel verlangt... Wir befürworten kostenlose zweisprachige Programme als eine rationale Herangehensweise, Kindern eine Brücke zu bauen zwischen ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache“ (*Spartakist* Nr. 144, Sommer 2001). **Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!**

Nachfolgend drucken wir den Artikel der SYG aus *Workers Hammer* Nr. 209 (Winter 2009/10) ab.

* * * * *

Der „Krieg gegen Terror“ des britischen Staates ist das einheimische Gegenstück zur blutigen imperialistischen Besetzung des Irak und Afghanistans. An den Universitäten spiegelt sich dies in Regierungsrichtlinien zur „Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus“ wider, die Studenten und eingewanderte Arbeiter unmittelbar polizeilicher Repression aussetzen. Was das genau bedeutet, konnte man am 8. April 2009 sehen, als die Polizei elf asiatische Männer, überwiegend Studenten, unter der falschen Anklage des „Terrorismus“ verhaftete. Als die Bullen schließlich zugaben, keine Beweise zu besitzen, und die Männer nach zwei Wochen ohne Anklageerhebung freiließen, wurden zehn von ihnen – alle pakistanische Staatsangehörige – von der britischen Einwanderungsbehörde inhaftiert. Acht wurden abgeschoben, während zwei noch im Gefängnis sitzen und ihre Abschiebung zu verhindern suchen.

Ein Artikel im *Guardian* vom 4. Dezember mit dem Titel „Unter Terrorismusverdacht verhaftete Studenten kämpfen um ihren guten Ruf“ beschreibt: „Im vergangenen April griffen Männer in Kampfmontur Rizwan Sharif in der Nähe einer Liverpooleser Hochschule auf und hielten ihm eine Schusswaffe vor den Kopf.“ Ein anderer der Verhafteten, der 25 Jahre alte Student der Betriebswirtschaft Janas Khan, erzählte dem *Guardian*, dass sein Leben durch diese Erfahrung ruiniert sei, und erklärte: „Die ganze Sache ist Unsinn. Es gab keine Bombenfabrik, keine Verbindung zu Al Qaida, und die wissen es.“

Es liegt im grundlegenden Interesse von Studenten, Dozenten und Uni-Arbeitern, sich dem „Krieg gegen den Terror“ und immigrantenfeindlichen Hexenjagden an der Hochschule zu widersetzen. Nach den drakonischen neuen Einwanderungsbestimmungen von Labour sind Universitäten und Lehrer gezwungen, als Hilfstruppen der Einwanderungspolizei zu fungieren, indem sie ausländische Studenten überwachen und dem Staat alles „Verdächtige“ melden. Dies hat viele Dozenten zu Recht empört. Doch während die Dozentengewerkschaft UCU sich „absolut gegen diese Gesetzgebung“ ausspricht, fordert sie doch ihre Mitglieder zur Kooperation auf und erklärt, „diese Aufgaben gehören zu den gesetzlichen Verpflichtungen an Universitäten“ und „der Mitgliederschutz der Gewerkschaft kann sich nicht auf die Unterstützung von Gesetzesbruch hinsichtlich des PBS [System zur Regulierung der Einwanderung] erstrecken oder auf die Verteidigung von Mitgliedern, die solchen begehen“ („Points-based Immigration“, Anweisung der UCU, Februar 2009).

Indessen wurden am 12. Juni 2009 an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London eingewanderte Reinigungskräfte der Vertragsfirma ESS zu einer „dringlichen Besprechung“ gerufen und unter Mithilfe der SOAS-Leitung von 40 Einwanderungsbullen überfallen, die sich im Raum verbargen. Neun der Reinigungskräfte wurden festgenommen, die meisten von ihnen anschließend abgeschoben.

ben. Dies war ein offener Angriff auf diese Belegschaft, die gerade erst nach einem Streik die Anerkennung als Gewerkschaft und den Londoner Mindestlohn erkämpft hatte. Die Spartacist League protestierte gegen die brutale Razzia und forderte volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten.

Es ist skandalös, dass die Studentenschaftsbürokratie [dortiges Pendant zum AStA], einschließlich der Socialist Workers Party (SWP – in Deutschland marx21, ehemals Linksruck), seit langem mit der Universitätsverwaltung zusammenarbeitet, um Studentengruppen für deren Literatur eine chauvinistische Englisch-Pflicht aufzuerlegen, die sich voll und ganz in den Rahmen der „Extremismus“-Richtlinien der Regierung von 2006 einfügt und vor allem islamische Gruppen trifft. Auf der Orientierungswoche vom September 2006 erließen Studentenschaftsbürokraten unter der Führung der damals prominenten SWP-Sprecherin Clare Solomon die Vorschrift, „jegliche Öffentlichkeitsarbeit hat auf Englisch stattzufinden“, und verkauften dies lächerlicherweise als Teil ihrer „Chancengleichheitspolitik“. Dies wurde später um die Festlegung ergänzt, dass jegliche Literatur eine unmittelbare englische Übersetzung enthalten müsse. Seitdem kämpfen wir bei Interventionen in Univeranstaltungen und bei regelmäßigen Verkäufen unserer Literatur (auch auf Arabisch, Chinesisch, Türkisch, Tagalog und in anderen Sprachen) gegen diesen Zensurversuch.

Diese chauvinistische Kampagne wurde noch ausgeweitet, als der gegenwärtige SOAS-Vizepräsident für Sport und Vereine, Ben Sellers, in einer E-Mail vom 25. August 2009 ankündigte, dass der Spartacus Youth Group (SYG) auf der Orientierungswoche 2009 kein Stand genehmigt würde, wenn wir nicht damit einverstanden wären, unsere fremdsprachige Literatur zu zensieren. Dies ist nicht ohne Ironie für die SOAS, die sich damit brüstet, ein „Hüter sprachlichen Fachwissens“ zu sein und „eine einmalige Palette nichteuropäischer Sprachen“ anzubieten (soas.ac.uk)! Die Antwort-E-Mail der SYG an die Studentenschaft gab eindeutig zu verstehen:

„Wir widersetzen uns dieser Politik aus politischem Prinzip heraus, weil sie ausländische Studenten diskriminiert und ein Werkzeug zur Vollstreckung des rassistischen ‚Krieg gegen Terror‘ des kapitalistischen Staates an der Uni darstellt. Dies trifft vor allem muslimische Studenten, richtet sich aber letztendlich gegen alle Immigranten, Arbeiter und Linke wie uns selbst. Deshalb können und werden wir unsere fremdsprachige Literatur nicht zensieren.“

Wir sind überzeugt, dass alle Studenten und Studentengruppen das Recht haben sollten, Literatur in jeder beliebigen Sprache zu verbreiten und jegliche politische Meinung zu äußern, einschließlich unseres Widerspruchs als revolutionäre internationalistische Sozialisten gegen diese chauvinistische Vorschrift.“

Als die SYG vor der Orientierungsveranstaltung einen Büchertisch aufbaute und unseren Widerstand gegen Rassismus und Chauvinismus, einschließlich des Maulkorberlasses gegen Fremdsprachen an der SOAS, klarmachte, war dies zu viel für die Bürokraten der Studentenschaft. In einer E-Mail vom 20. Oktober 2009 dozierte Ben Sellers: „Dies ist für die Verantwortlichen einer Studentenvereinigung ein nicht hinnehmbares Verhalten und von daher werde ich im kommenden Studienjahr keine Vereinschriften der Spartacus Youth Group zulassen.“ Dieses Verbot gegen unsere kommunistische Gruppe ist empörend, und Studenten und Arbeiter an der Uni haben ein Interesse daran, sich dieser Zensur zu widersetzen. Was uns betrifft, so werden wir weiterhin gegen die Hexenjagd des „Krieg gegen den Terror“ vorgehen und fordern: **Weg mit dem chauvinistischen Englisch-Zwang für Studentengruppen an der SOAS!**■

Hände weg von Roman Polanski!



AFP

Polanski bei der Schlusszeremonie des Filmfestivals von Cannes 2008. Trotz Hexenjagd gewann er den Silbernen Bären bei der Berlinale 2010

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 944, 9. Oktober 2009, Zeitung der Spartacist League/U.S.

Nach der überraschenden Wiederaufnahme ihrer 32 Jahre andauernden Hexenjagd gegen den weltberühmten Filmregisseur Roman Polanski arrangierte die Bezirksstaatsanwaltschaft von Los Angeles, mit Unterstützung des FBI, dessen Verhaftung am 26. September 2009 in Zürich. Der 76-jährige Polanski, der sich nun in Schweizer Haft befindet, muss mit seiner Auslieferung an die USA rechnen, wo er wegen *einvernehmlichen* Sexualverkehrs mit einer frühreifen Dreizehnjährigen im Jahre 1977 verurteilt werden soll.

Roman Polanski hat kein Verbrechen begangen. Angesichts eines Hollywood-Schauprozesses, bei dem ihm mehrere Anklagen wegen Kapitalverbrechen drohten, bekannte er sich des „rechtswidrigen Geschlechtsverkehrs“ mit einer Minderjährigen für schuldig. Polanski, der französischer Staatsbürger ist, floh 1978 nach Paris, um der puritanischen Hexenjagd zu entgehen, als ihm nach bereits sechswöchigem Aufenthalt im Staatsgefängnis zum Zwecke „diagnostischer Untersuchungen“ noch weitere Inhaftierung drohte. Trotz der beständig drohenden Auslieferung gab Polanski angesichts der Fatwa der US-Justiz nicht auf und schaffte es bis jetzt, seine Filmkarriere in Europa mit künstlerischem Erfolg fortzusetzen.

Viele stellen sich wegen Polanskis plötzlicher Verhaftung die naheliegende Frage: *Warum jetzt?* Die Ereignisse liegen mehr als drei Jahrzehnte zurück, Polanski ist in den 70ern

und es gibt kein „Opfer“ zu rächen. Die beteiligte Frau, Samantha Geimer, jetzt in den 40ern und Mutter dreier Kinder, spricht sich seit langem gegen die fortwährende Verfolgung Polanskis aus. Und bis vor kurzem haben die USA nicht einmal Druck ausgeübt, um seine Auslieferung zu erwirken.

Doch wie der Schriftsteller Robert Harris in einem Gastkommentar in der *New York Times* vom 30. September 2009 bemerkte, änderte sich dies nach der Veröffentlichung des Dokumentarfilms *Roman Polanski: Wanted and Desired* [Roman Polanski: Gesucht und begehrt] von 2008. Der Film enthält ein Interview mit David Wells, der sich brüstet, als damaliger stellvertretender Bezirksstaatsanwalt den (inzwischen verstorbenen) Richter Laurence Rittenband bei dem Fall beeinflusst zu haben, vor allem um eine Haftstrafe gegen Polanski zu erwirken. Auf Grundlage dieses Films und anderer Beweise stellten Polanskis Anwälte den Antrag, das Verfahren einzustellen, was im Februar von Richter Peter Espinoza am Los Angeles Superior Court abgewiesen wurde. Mit verdrehter Logik erkannte Espinoza an, dass „substanzielles Fehlverhalten“ vorgelegen habe, weigerte sich aber, über eine Einstellung des Verfahrens zu verhandeln, solange Polanski nicht persönlich in seinem Gericht erscheine, wo ihm eine Verhaftung sicher wäre.

Nachdem die Komplottgeschichte – auch vor Gericht – ruchbar geworden war, hatte die Staatsanwaltschaft in ihrem Bestreben, Polanski fertigzumachen, nichts mehr zu verlieren. Wells behauptet jetzt lächerlicherweise, er habe vor der Kamera gelogen und angenommen, der Film würde in den USA nicht gezeigt werden. Daraufhin bemerkte Marina Zenovich, die den Dokumentarfilm gedreht hatte, Wells habe in Wirklichkeit in einem Artikel vom 17. Juli 2008 gegenüber der *New York Times* „die Darstellung der Ereignisse [bestätigt], die er in meinem Film gegeben hatte“.

Die Motive der verlogenen und rachsüchtigen amerikanischen Ankläger und Richter sind deutlich genug, doch die plötzliche Willfährigkeit der Schweizer Regierung gegenüber den US-Behörden rief einiges Stirnrunzeln hervor. Polanski besitzt immerhin seit vielen Jahren ein Haus in der Schweiz, das er häufig besuchte. Es gibt reichlich Gerüchte, dass man Roman Polanski den Wölfen zum Fraß vorgeworfen hat, um die IRS [Bundessteuerbehörde der USA] milde zu stimmen, die gegen den Schweizer Bank-Giganten UBS wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung amerikanischer Staatsbürger ermittelt. „Die Regierung ist so traumatisiert von der IRS und dem ganzen UBS-Skandal“, kommentierte der ehemalige Schweizer sozialdemokratische Parlamentarier Jean Ziegler. „Wenn irgendeine amerikanische Behörde in der Schweiz um etwas bittet, bekommt sie es innerhalb von 24 Stunden“ (*AP*, 29. September 2009).

Egal welche Intrigen die Regierung gegen Polanski spinn, wir treten dieser empörenden Hexenjagd entgegen, wie wir es von Anfang an getan haben. In den USA lechzen

Sofortige Freilassung! Nein zur Auslieferung!

Förderpreis: 2 Euro

solidarität


SOZIALISTISCHE ZEITUNG

1 Euro

www.sozialismus.info

Nr. 84, November 2009

Vergewaltigung ist kein Kavaliersdelikt!

Zum Fall Roman Polanski

Ende September ging ein Aufschrei durch die Medien, ein Prominenter nach dem anderen zeigte sich empört. Der weltberühmte Regisseur Roman Polanski („Tanz der Vampire“, „Rosemarys Baby“, „Der Pianist“) wurde auf der Reise zu einem Filmfestival in der Schweiz verhaftet. Der Hintergrund: Polanski hatte vor 30 Jahren eine damals 13-Jährige unter Drogen gesetzt und vergewaltigt. Aus Angst vor einer harten Strafe verließ Polanski damals während des Gerichtsverfahrens die USA, lebte seitdem in Frankreich und betrat nie wieder US-amerikanischen Boden. Nun sitzt er in der Schweiz in Haft.

von Nellí Tügel, Berlin

Aufschrei und Empörung rührten keineswegs daher, dass Polanski eine Frau vergewaltigt hatte.

Im Gegenteil. Zahlreiche Künstler:innen, Filmemacher und andere namhafte Menschen haben sich seit seiner Verhaftung für die Freilassung Polanskis eingesetzt. Die Presse hier überschlägt sich förmlich mit Erklärungsversuchen für Polanskis Tat (seine Eltern – pol-

schaft ist eine patriarchale – das heißt, dass Frauen überall auf der Welt aufgrund ihres Geschlechts in besonderer Weise unterdrückt und ausgebeutet werden. Pornografie, aber auch das von vielen Medien verbreitete Frauenbild (zum Beispiel das Bewerben sämtlicher Produkte vom Apfelsaft bis zur Zeitung mit Frauenkörpern) sowie die typisch „männliche“ und typisch

trifft einmal an, sie hätte das Gefühl, „Jebenslänglich“ bekommen zu haben, weil sie diese Vergewaltigung nicht mehr los ließe.

US-Justiz

In der Debatte um den Fall Polanski wird die Justiz in den USA als eine dargestellt, die hart gegen Vergewaltiger vorgehen würde. Dabei zeigte eine im Frühjahr vorgestellte Untersuchung von Human Rights Watch, dass allein in Kalifornien 12.609 nach Vergewaltigungen sichergestellte Beweismittel nicht untersucht wurden, fast alle stammten aus nicht aufgeklärten Fällen.

Die US-Justiz ist Teil des dortigen Staatsapparates, der, wie anderswo auch, eine Säule der kapitalistischen Herrschaft darstellt. Dazu gehört die systematische Benachteiligung von Frauen (niedrigere Löhne bei gleicher

wurde. Seitdem ist Polanskis alpträumhafte Strafverfolgung – darunter 42 Tage Haft unter entwürdigender „psychiatrischer Beobachtung“ im kalifornischen Staatsgefängnis Chino – immer weiter eskaliert.

Polanski wurde kürzlich nach Beendigung der „psychiatrischen Diagnose“, die angeblich „gut“ ausfiel, aus Chino entlassen. Richter Rittenband vom Superior Court nannte den Bericht sofort „Schönfärberei“ und informierte den Anwalt des Regisseurs von seinem Vorhaben, Polanski zu weiteren 48 Tagen Haft zu verurteilen, gefolgt von „freiwilliger Abschiebung“. „Er gehört nicht in dieses Land“, verkündete dieser staatlich bevollmächtigte Moralhüter der Nation. Polanski, der die französische Staatsangehörigkeit besitzt, floh am 1. Februar nach Paris, wo er sich weiterhin aufhält, während die Staatsanwaltschaft Wege zu seiner Auslieferung sucht.

Rittenband, der vor Ort als „Henker-Richter“ bekannt ist, will an Polanskis offensichtlich ein Exempel statuieren. Douglas Dalton, der Verteidiger des Angeklagten, betonte, dass von den 44 Personen, die 1976 im Bezirk Los Angeles wegen ähnlicher Anklagen verurteilt worden waren, *kein einziger* je ins Gefängnis kam. Auch der ehemalige Justizminister des Bundesstaates, Younger, versuchte im Rahmen seiner allgemeinen Kampagne für „Recht und Ordnung“ politisches Kapital aus dem Fall zu schlagen.

Die überregionale Presse hat den Fall mit einer Mischung aus frommer Entrüstung und amüsierten Geringschätzung als weiteren typischen „Hollywoodskandal“ behandelt. *Time* (28. März 1977) sprach spöttisch von den „zweifelhaften Affären“ des Regisseurs, und die *New York Post* (2. Februar) widmete dem „neuen Hollywood“ und Polanskis „Rattenpack“ sexuell freizügiger Freunde eine ganze Doppelseite, um ihn als eine Art exotischen, neurotischen Freak darzustellen. Dies ist nicht das erste Mal, dass der Staat unter begeistertem Beifall der Sensationspresse prominente Persönlichkeiten aus Hollywood vertrieben hat. Errol Flynn – nach allem, was man hört, ein liebenswerter Mann, der niemals jemandem etwas zu Leide getan hat – wurde wegen seiner wohlbekannten Vorliebe für junge Frauen endlos vor die Gerichte gezerrt.

Ingrid Bergman wurde auf dem Höhepunkt der McCarthy-Hexenjagd sogar im Kongress verächtlich gemacht, weil sie es gewagt hatte, ihr heiliges „Johanna-von-Orleans“-Leinwandimage zu besudeln, als sie von dem italienischen Filmemacher Roberto Rossellini ein uneheliches Kind bekam. Auch Charlie Chaplin wurde aus dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ vertrieben – eindeutig vor allem aus politischen Gründen, aber auch mit einem gehörigen Schuss hässlicher sexueller Anspielungen. Die nachrichtenhungrige Presse bringt regelmäßig „Enthüllungen“ über das glamouröse Hollywood, um damit die Phantasie des Publikums anzuregen – das größtenteils in todlangweiligen, ärmlichen und beschränkten Lebensverhältnissen gefangen ist – und gleichzeitig dessen Abneigungen gegenüber den Reichen und Berühmten in befriedigende, aber bedeutungslose moralische Empörung zu kanalisieren.

Das wirklich „Zweifelliche“ und Schmutzige am Polanski-Fall ist nicht der eigentliche Vorfall selbst, sondern die widerwärtige offizielle Strafverfolgung und die abscheuliche Scheinheiligkeit der ganzen Sache. Die überregionale Presse hat mit Bedacht den wahren Sachverhalt des Falles „ausgespart“. Der Regisseur bekannte sich am 8. August des gesetzwidrigen Geschlechtsverkehrs mit einer Minderjährigen für schuldig, wofür im Gegenzug andere sex- und drogenbezogene Anklagepunkte fallengelassen werden sollten, darunter Vergewaltigung, Kindesmissbrauch, oraler Geschlechtsverkehr, Sodomie und Verabreichung von Drogen an eine Minderjährige. Doch Aussagen aus dem Prozess machen deutlich, dass es sich wohl kaum um einen Fall von

Sittenwächter der reformistischen SAV setzen einvernehmliche sexuelle Beziehungen über Generationengrenzen hinweg mit Vergewaltigung und anderen frauenfeindlichen Verbrechen gleich

die Moralpolizisten nach Polanskis Blut, darunter auch die *New York Times* in einem Leitartikel vom 30. September 2009. In Frankreich schlug französischen Regierungsvertretern, die gegen Polanskis Verhaftung protestiert hatten, ein Aufschrei der Entrüstung anderer Politiker entgegen, die forderten, Polanski solle sich der „Recht“sprechung in den USA stellen.

Gleichzeitig erhielt Polanski Unterstützung von anderen Filmemachern wie Martin Scorsese und Woody Allen, der selbst Zielscheibe einer Anti-Sex-Hexenjagd war (siehe „Woody Allen Crucified on ‚Family Values‘“ [Woody Allen für ‚Familienwerte‘ ans Kreuz geschlagen], *WV* Nr. 558, 4. September 1992). Doch viele, die Polanskis verteidigen, akzeptieren, dass er 1977 ein „Verbrechen“ begangen habe. Und wie Alexander Cockburn in *CounterPunch* (2. – 4. Oktober 2009) bemerkte, „ist die sexuelle Toleranz verkümmert“ seit jener Zeit, mit zunehmender Hysterie über „Pädophilie“ und der dazugehörigen raschen Zunahme reaktionärer Gesetze.

Wir fordern: Schluss mit den reaktionären Gesetzen über „Minderjährigkeit“ und „Unzucht mit Minderjährigen“, die einvernehmlichen Sex unrichtigerweise mit Gewaltverbrechen vermengen. Wir lehnen alle Gesetze gegen „Verbrechen ohne Opfer“ ab (wozu auch Glücksspiel, Prostitution, Drogengebrauch und Pornografie zählen). **Staat raus aus dem Schlafzimmer! Freiheit für Roman Polanski!**

Zur Zeit von Polanskis ursprünglicher Strafverfolgung waren wir in der Linken buchstäblich die einzigen, die ihn verteidigten. Wir drucken nachfolgend unseren Artikel „Stop the Puritan Witchhunt Against Roman Polanski!“ [Schluss mit der puritanischen Hexenjagd gegen Roman Polanski!] erneut ab, der erstmals in *WV* Nr. 192, 10. Februar 1978, erschien. Die politischen Argumente in diesem Artikel sind heute noch genauso zutreffend wie damals vor mehr als drei Jahrzehnten.

* * * * *

Der international gefeierte Filmregisseur Roman Polanski ist durch eine bössartige und erbitterte, von den Behörden angezettelte Hexenjagd aus den USA vertrieben worden. Seine juristischen Probleme begannen am 11. März letzten Jahres, als er auf die Anzeige einer Frau hin, er habe ihre 13 Jahre alte Tochter gevögelt, von der Polizei von Los Angeles in der Lobby des Beverly Wilshire Hotels verhaftet

Vergewaltigung handelte!

Die *Los Angeles Times* (20. August 1977) beschrieb die Dreizehnjährige, die vergewaltigt zu haben Polanski angeklagt wurde, als „eine aufstrebende Schauspielerin“, deren Mutter Polanski seit über einem Jahr kannte und ihm die Erlaubnis erteilt hatte, ihre Tochter für die französische Ausgabe des Magazins *Vogue* zu fotografieren. Einer dieser Fototermine mit dem berühmten Regisseur endete in einen Abend des Sektschlürfens und Nacktbadens im Whirlpool und damit, dass das Mädchen etwas Quaalude (ein modisches Beruhigungsmittel) einnahm. Danach kam es zu Geschlechtsverkehr (in der Presse als „Betäubung und Vergewaltigung“ ausgelegt).

Vor Gericht kam jedoch heraus, dass das Mädchen seit ihrem 10. oder 11. Lebensjahr mit Quaalude „experimentiert“ hatte und dass sie einen 17-jährigen Freund hatte, mit dem sie schon früher Geschlechtsverkehr gehabt hatte. Ein mit dem Fall befasster Polizist beschrieb ihr äußeres Erscheinungsbild als das einer „16- bis 18-Jährigen“, und die Mutter des Mädchens beschrieb ihre Tochter während des Prozesses einmal ziemlich widersprüchlich als „frühreif mitten im Heranwachsen“. Selbst Richter Rittenband sah sich gezwungen, in seinem Bewährungsbericht die überdeutliche sexuelle Reife des Mädchens einzugestehen: „Die Beschwerdeführerin war ein gut entwickeltes junges Mädchen, das älter aussah, als es war, und leider in sexuellen Dingen nicht unerfahren war.“

Der Vorfall ereignete sich im Haus des Filmstars Jack Nicholson, und dass Polanski angeklagt wurde, war zum Teil auf die Zeugenaussage von Nicholsons damaliger Mitbewohnerin Angelica Houston zurückzuführen, die an jenem Abend später nach Hause gekommen war. Natürlich könnte ihre bereitwillige Kooperation mit der Polizei etwas damit zu tun gehabt haben, dass Polizisten, die die Wohnung nach „Beweismaterial“ durchsuchten, in ihrem Zimmer ein Fläschchen mit Kokain fanden.

Das Sexual- und Gesellschaftsleben im südlichen Kalifornien mit seiner blühenden Drogenkultur und Scharen frühreifer und sexuell aktiver Groupies, die im Dunstkreis der Unterhaltungsindustrie herumhängen, bringt Tausende „aufstrebende Schauspielerinnen“ (und junge männliche Mächtigen-„Rockstars“) hervor, wie diejenige, der Polanski zu seinem Unglück begegnete. Was auch immer man über die Szene im Allgemeinen denken mag, so lässt doch ihre allzu offensichtliche Realität Rittenbands Versuche, den Freeways und Schlafzimmern von L.A. strenge viktorianische Moral einzubläuen, absurd erscheinen.

Institutionelle Einschränkungen und erzwungene Standards sexueller Betätigung haben von jeher Unterdrückung und Leid hervorgebracht, von dem grausamen feudalen „Recht der ersten Nacht“ und den äußerst ausführlichen Richtlinien der katholischen Kirche über verschiedene sexuelle Sünden bis zur völligen Verleugnung der Sexualität von Frauen und Kindern und der künstlichen Verlängerung des Kindesalters durch die viktorianischen Moralisten. Die vom amerikanischen Staat heutzutage aufrechterhaltenen sexuellen „Normen“ riechen nach Heuchelei in einer Gesellschaft, in der wissenschaftliche Forschung zur menschlichen Sexualität erst jetzt langsam für die breite Masse publiziert wird; wo Durchbrüche in der Schwangerschaftsverhütung die legitime Furcht vor einer Schwangerschaft beseitigt ha-



Concorde Filmverleih

Woody Allen (rechts, bei den Dreharbeiten zu „Vicky Christina Barcelona“) wurde wie Polanski Opfer einer puritanischen Medienhetzkampagne. Diese dienen dazu, bürgerliche „Normen“ und „Werte“ zu festigen

ben, die jahrhundertlang dem sexuellen Vergnügen im Wege stand; und wo strenge, auf Unwissenheit basierende Tabus viel von ihrer Kraft verloren haben.

All diese Gesetze, die im heutigen Amerika „Sexualverbrechen“ definieren, haben im Grunde den Zweck, das abscheuliche und unterdrückerische Gefängnis der Familie zu stützen, seit Jahrhunderten die Hauptinstitution zur Unterdrückung von Frauen und Kindern. Die reaktionäre Stimmung, die durch die Verfolgung „abweichenden Sexualverhaltens“ angestachelt wird, nährt sich auch dadurch, dass die Familie als persönlicher Zufluchtsort in einer feindlichen Welt wahrgenommen wird. Nur ein weitreichenderes gesellschaftliches Konzept von der letztendlichen *Ersetzung* der Familie im Zuge des Übergangs zu einer klassenlosen Gesellschaft kann die Ängste zerstreuen, dass Verwahrlosung und gesellschaftlicher Zusammenbruch die einzige Alternative zu bürgerlicher Sittsamkeit sind.

Die Ausschlichtung des Polanski-Falles durch die Medien ist mehr als bloße Sensationsmache. Polanskis Verfolgung, wie auch der Wirbel um „Kinderpornographie“, spielt dem frömmelnden Kreuzzug „Rettet unsere Kinder“ in die Hände, der durch Anita Bryants Hexenjagd gegen Homosexuelle verkörpert wird, eine reaktionäre Offensive, die sich

SPARTAKIST 4
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Jahresabo: € 4,-

Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

hinter der „Unschuld“ der Kinder versteckt, um durch die unversöhnliche Verfolgung „abweichenden Verhaltens“ bürgerliche Moral durchzusetzen.

Die Schikanierung derjenigen, die man beschuldigt, die vorherrschenden Normen des Familienlebens zu bedrohen, nimmt oft die übelsten Formen an. Im November wurden in Saudi-Arabien eine 23-jährige Prinzessin und ihr nicht-adliger Ehemann als „Sexualverbrecher“ hingerichtet. Nach dem Brauch ihres Stammes, der gleichzeitig die saudische herrschende Klasse darstellt, war es gesellschaftlich ganz „moralisch“, die Frau zu erschießen und dem Ehemann auf dem Marktplatz von Dschidda den Kopf mit dem Schwert abzuhacken. Richter Rittenband hatte nicht die Möglichkeit, Polanski enthaupten zu lassen, um den „American Way of Life“ zu schützen, doch der Grundsatz, dass der Staat das Recht habe, der privaten sexuellen Betätigung eine „Norm“ aufzuzwingen, wird sowohl von der US-Bourgeoisie als auch von den Beduinenscheichs vertreten. Nur ihre Methoden unterscheiden sich ein wenig.

Es werden heute in Amerika wirklich sehr reale und weit verbreitete Sexualverbrechen begangen, doch es sind nicht nur und nicht zwangsläufig diejenigen, die auf den Seiten der Regenbogenpresse breitgetreten werden. Angst, Schuldgefühle und Zwang werden den Jüngsten aufgebürdet, schon wenn sie nur sexuelle Gedanken haben. Heranwachsende Jugendliche werden in Schulen und Colleges einer unmenschlichen und künstlichen Geschlechtertrennung unterzogen. Die religiösen Einschränkungen der katholischen Kirche und anderer religiöser Sekten, einschließlich des orthodoxen Judentums, halten Tausende Frauen in einem endlosen Kreislauf von Armut, Schwangerschaft und immer mehr zu sättigenden Mündern gefangen. Die Alten sind zum Sterben in düsteren und winzigen Räumen eingeschlossen, während ihre Wärter darüber debattieren: „Sollte Sex in Altersheimen erlaubt sein?“

Unwissend und mit Scham beladen werden Tausende armer junger Frauen ohne die Aussicht auf Unterstützung durch Medicaid (das staatliche Gesundheitsprogramm für Bedürftige) zu gefährlichen Abtreibungen getrieben, während die Reichen sich wie immer zu helfen wissen. Wenn sie noch mehr Pech haben, müssen sie entweder ihre ungewollten Kinder zur Welt bringen oder sich in staatlichen Krankenhäusern für immer sterilisieren lassen, während eine großartige Debatte darüber stattfindet, ob die jungen Leute Verhütungsmitteln und Informationen über Geburtenkontrolle „ausgesetzt“ werden sollten. Darüber hinaus gibt es

noch den unsäglichen Frust und die sexuellen Spannungen, die sich in der Familie selbst aufbauen, mit dem dazugehörigen Verprügeln und der brutalen Behandlung der Kinder, einschließlich ihrer sexuellen Misshandlung, Vergewaltigung und diese anderen sehr realen Verbrechen sind – zusammen mit der Prostitution, der ewigen Weggefährtin der erzwungenen Monogamie – die schmutzige Wirklichkeit hinter der „öffentlichen Sittsamkeit“.

Polanski wurde zum jüngsten öffentlichen Opfer der rachsüchtigen Versuche des Staates, den puritanischen Mythos am Leben zu erhalten und diese Realität zu verbergen. Selbst aus seinen brillanten und oft eindringlichen Filmen wie „Wenn Katelbach kommt...“, „Das Messer im Wasser“, „Ekel“ und jüngst „Rosemaries Baby“ und „Chinatown“ wurde ihm ein Strick gedreht. Ein Manager von Columbia Pictures stöhnte: „Roman hat einen solch schlechten Ruf als perverser Filmemacher, dass er wegen seines Werks schuldig gesprochen werden wird“ (*Time*, 28. März 1977).

Was sich jedoch aus dem Lebenslauf des Regisseurs herauskristallisiert, ist ein Musterbeispiel erfolgreicher kreativer Leistungen trotz wiederholter Erfahrungen von Gewalt und Tragödien. Als kleiner Junge erlebte Polanski, wie ihm seine Eltern von Nazi-Sturmtruppen entrissen wurden (um für immer in den Konzentrationslagern zu verschwinden). Mit 15 wurde er von einem Irren mit einer Eisenstange fast zu Tode geprügelt. Nachdem er sich im stalinistischen Polen einen Namen als talentierter Filmemacher gemacht hatte, emigrierte er in den Westen – wo seine schwangere Ehefrau, die Schauspielerin Sharon Tate, zusammen mit den Freunden des Paares zu Hause von der durchgeknallten Manson-Familie auf abscheuliche Weise abgeschlachtet wurde. Und jetzt musste Polanski die Demütigung und Qual von mehr als einem Monat Gefängnisarrest zur „psychiatrischen Beobachtung“ über sich ergehen lassen. (Wäre das in der Sowjetunion passiert, wo Dissidenten auf barbarische Weise in psychiatrische Kliniken weggesperrt werden, stünde der Regisseur bei Jimmy Carters „Menschenrechts“-Kampagne bereits hoch im Kurs).

Für den Staat Kalifornien ist Polanski jedoch ein „Sexualverbrecher“, und es droht weitere Inhaftierung. Kein Wunder, dass das Opfer lieber Amerika verlassen hat. Polanski bemerkte treffend: „Sie versuchten 42 Tage lang, mich irre zu machen, doch Gott sei Dank bin ich schlau und reich...“ (*New York Post*, 7. Februar). Er fuhr fort:

„In Amerika, Kalifornien, verliere ich meine Frau, mein Baby, meine Freunde, vielleicht auch meinen Verstand und fast meine Freiheit. Nein, sage ich, nein! Die Nazis konnten ihn mir nicht nehmen und auch nicht der Schmerz über meine Verluste. Und diese kleine Hure und die Gesetze Kaliforniens werden es auch nicht können. Ich habe viel gegeben, und sie haben mir zu viel genommen.“

Gut für ihn. Wir freuen uns, dass dieses Martyrium einer puritanischen Hexenjagd Roman Polanskis Geist nicht gebrochen hat.

Der Polanski-Fall hat die verderblichen Ängste und die grausame Unterdrückung, die der bürgerlichen Moral zugrunde liegen, aufgerüttelt. Als Kommunisten sind wir gegen jegliche Versuche, die menschliche Sexualität in gesetzlich geregelte oder vorgeschriebene „Normen“ zu zwingen. Das leitende Prinzip für sexuelle Beziehungen sollte wirkliche Einwilligung sein – das heißt nichts weiter als gegenseitiges Einverständnis und beiderseitige Zustimmung im Gegensatz zu Zwang. Wir sind überzeugt, dass jegliche einvernehmliche Beziehungen zwischen Individuen ganz allein sie selbst etwas angehen und dass der Staat kein Recht hat, sich in menschliche sexuelle Aktivitäten einzumischen.

Weg mit den Anklagen gegen Roman Polanski! Keine Auslieferung! Schluss mit der puritanischen Hexenjagd!■



WORKERS VANGUARD 100c
14 FEBRUAR 2012

U.S. Beefs Up Racist Border Controls
Mexico: Down With "Drug Wars" Militarization!

For Workers Revolution on Both Sides of the Border!

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard,
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
*Black History and the
Class Struggle*

Luftpost € 18,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

„Krieg gegen Terror“ ...

Fortsetzung von Seite 1

Repressionsapparat auszubauen. Dabei war die SPD mit ihrer innigen Verbindung zur Gewerkschaftsbürokratie besonders effizient, den Arbeitern die deutsche Teilnahme am Afghanistankrieg und diverse „Sicherheits“pakete reinzuwürgen. Die bürgerlichen Grünen mit ihrem Image als Pazifisten und Multikulturalisten verliehen dem Ganzen einen demokratischen Anstrich. Tatsächlich richtet sich der „Krieg gegen Terror“ letztlich gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Die staatliche Verfolgung der verbotenen kurdisch-nationalistischen PKK oder die Prozesse gegen angebliche Mitglieder der türkischen linken DHKP-C sind ein Beispiel davon. Und gerade hat die neue Familienministerin Kristina Köhler ein paar Millionen locker gemacht, die sie in Projekte „gegen Linksextremismus und Islamismus“ stecken will.

Die Rolle der Linkspartei (LP) besteht darin, die linke Flankendeckung des rassistischen „Kriegs gegen Terror“ zu sein, dessen politischen Rahmen – der „demokratische Westen“ müsse sich vor „islamischem Terror“ schützen – sie grundsätzlich teilt. So begründete Oskar Lafontaine die Opposition der LP zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr in Afghanistan: „Mit dem geplanten Einsatz von Kampfverbänden der Bundeswehr holt die Bundesregierung wider alle Vernunft den Terror ins Land“ (*Presseerklärung*, 16. Januar 2008). Der außenpolitische LP-Sprecher Wolfgang Gehrcke erklärte im gleichen Sinne: „Der Kampf gegen den Terror kann gewonnen werden, ein ‚Krieg gegen den Terror‘ niemals“ (*Presseerklärung*, 15. August 2007). Gleichzeitig protestiert die LP gegen bestimmte Verbrechen des deutschen Imperialismus. Beispielsweise löste die LP-Fraktion während der Abstimmung im Bundestag über die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes einen Eklat aus, als sie Plakate mit den Namen der zivilen Opfer des von der Bundeswehr befohlenen Massakers in Kundus hochhielt. Aber all dies im politischen Rahmen, dass es einen „Kampf gegen Terror“ geben soll! Daher erfüllen solche Aktionen nur die Funktion, politisch fortgeschrittenere Teile des Proletariats sowie Arbeiter mit türkischem oder kurdischem Hintergrund, die von den imperialistischen Verbrechen abgestoßen sind, unter sozialdemokratischer Kontrolle zu halten.

Umso effektiver hat die LP dann dort, wo sie den kapitalistischen Staat auf Landesebene mitverwaltet, insbesondere in Berlin mit seinem großen Bevölkerungsanteil muslimischer Herkunft, die innenpolitischen Maßnahmen des rassistischen „Kriegs gegen den Terror“ wie die Rasterfahndung umgesetzt. Ein anderes Beispiel ist das Kopftuchverbot, dessen Rechtmäßigkeit 2004 vom Bundesverwaltungsgericht nach jahrelanger Kampagne endgültig bestätigt worden war. Wie wir in unserem Artikel „Nein zum rassistischen Kopftuchverbot!“ in *Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003, schrieben:

„Das Kopftuch ist ein Instrument zur tagtäglichen Unterwerfung der Frau unter den Mann in islamischen Gesellschaften weltweit und auch in dem immer mehr ghettoisierten Leben von Immigrantinnen in Europa. Es verstärkt den frauenfeindlichen Moralkodex in den rückständigsten Teilen der religiös-islamischen Bevölkerung, indem es die Frauen in ‚gute bescheidene‘ Musliminnen und ‚nicht so gute‘ Musliminnen teilt... Dennoch: Wir sind gegen Verbote durch den rassistischen bürgerlichen Staat, weil sie *nur* brutale Maßnahmen zum rassistischen Ausschluss und zur Anheizung religiöser Bigotterie sein können.“

Was das Anheizen von Rassismus und religiöser Bigotterie angeht, so hetzte Innensenator Körting 2003 im Abgeordnetenhaus, das Kopftuchtragen sei „nur zum Teil Ausdruck einer religiösen Gesinnung“, vielmehr sei es eine gegen gewisse Werte gerichtete „aggressive Grundhaltung“, die der Innensenator als „islamistisch-fundamentalistisch“ einstufte

(*Die Welt*, 26. September 2003). Der LP-Vorläufer PDS setzte dann durch, dass in Berlin per Gesetz nicht nur das Kopftuch, sondern das Tragen jeglicher religiöser Symbole wie Kippa oder Kreuz im öffentlichen Dienst verboten worden sind, d.h. sie verschafften dem Kopftuchverbot einen demokratischeren Anstrich. Die frauenfeindliche Wirkung jedoch bleibt, dass damit kopftuchtragende muslimische Frauen, die es bei der Arbeitssuche sowieso viel schwieriger haben, noch mehr aus dem Berufsleben zurück an Heim und Herd und damit in tiefere ökonomische und allgemeine Abhängigkeit vom Mann getrieben werden. Als Marxisten und Kämpfer für die Emanzipation der Frauen kämpfen wir für eine revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft, um ein für alle Mal die Bedingungen von Armut, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, die den Bedarf nach religiösen Illusionen, dem „Opium des Volks“, hervorbringen und auch solche Sachen wie das Kopftuch entstehen lassen.

Der SPD/LINKE-Senat trat 2002 in Berlin an, die Bevölkerung für die Sanierung der Berliner Bankgesellschaft auszupressen, die durch grenzenlose Profitgier und die Vetternwirtschaft des vorherigen SPD/CDU-Senats ein Milliardendefizit angehäuft hatte. Und so zerfetzte der Senat die Tarifverträge im Öffentlichen Dienst und kürzte bei allen Sozialleistungen der Stadt, z.B. zertrümmerte er die spärlichen Sprachprogramme für Immigranten. Die LP mit ihrem linken Ruf spielte dabei die wichtige Rolle, der Bevölkerung diese Angriffe als „kleineres Übel“ zu verkaufen, um so den Arbeiterwiderstand dagegen zu minimieren und wenn nötig zu isolieren. Für die Sanierungserfolge des SPD/LINKE-Senats, die zu einem Vorbild für Angela Merkels nationales Bankenrettungsprogramm auf Kosten der Arbeiterklasse wurden, bekam der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) einen Sitz im Vorstand der Bundesbank. Sarrazin illustriert, wie die rassistische Hetze dazu dient, aus den Opfern von Deindustrialisierung und staatlichen Sozialkürzungen Sündenböcke zu machen. So hetzte er in einem Interview mit *Lettre International* (September 2009) gegen muslimische Immigranten in Berlin: „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue, kleine Kopftuchmädchen produziert.“ Stefan Kramer vom Zentralrat der Juden erklärte, „dass Sarrazin mit seinem Gedankengut Göring, Goebbels und Hitler große Ehre erweist. Er steht in geistiger Reihe mit diesen Herren“ (*focus online*, 9. Oktober 2009).

Die notorisch rassistische Hetze von den SPD-Scharfmachern Thilo Sarrazin und Erhard Körting stoßen SPD- und LP-Mitgliedern an der Basis übel auf, aber sie bringt den kapitalistischen Klassencharakter des Berliner Senats zum Ausdruck und bringt auf den Punkt, was es bedeutet, diesen kapitalistischen Staat zu verwalten: im Dienste der herrschenden Kapitalistenklasse Angriffe auf die Arbeiterklasse zu führen und rassistische Unterdrückung durchzusetzen, um die Arbeiterklasse nach dem alten Prinzip von „teile und herrsche“ entlang ethnischer und religiöser Linien zu spalten. Darüber, den kapitalistischen Staat zu verwalten, herrscht in der LP Konsens, den auch die Linken in ihrem Umfeld, wie die DKP, teilen, die die Illusionen schüren, man könne ihn *doch* im Interesse der Arbeiterklasse verwalten. Das ist dem notwendigen Kampf entgegengesetzt, die multiethnische Arbeiterklasse gegen den rassistischen „Krieg gegen Terror“ des kapitalistischen Staates zu mobilisieren, der darauf abzielt, sie zu spalten und zu paralysieren. Beispielsweise müssen die Gewerkschaften gegen die „Sicherheitsgesetze“ kämpfen.

Solche Mobilisierungen Klasse gegen Klasse sind umso dringender nötig, wo sich mit der Weltwirtschaftskrise die Konkurrenz zwischen den nationalen Bourgeoisien um die schrumpfenden Absatzmärkte verschärft und der Nationalismus zunimmt. Die Bourgeoisien attackieren verschärft die

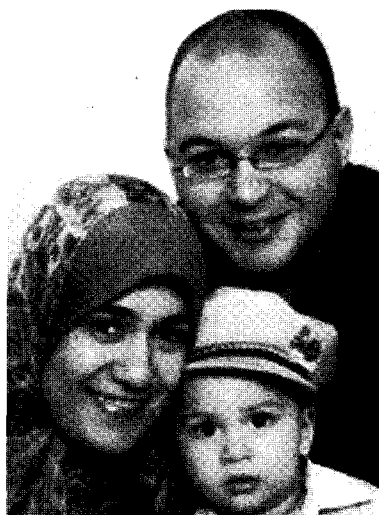
Arbeiterklasse und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Sie schüren daher Rassismus gegen muslimische und andere Minderheiten, um Immigranten zu Sündenböcken für die Krise zu machen und gleichzeitig die multiethnische Arbeiterschaft zu spalten. Das Wirtschaftsprogramm der LP spielt dieser Spaltung in die Hände, denn es schürt giftigen nationalistischen Protektionismus, wonach die deutsche Bourgeoisie mehr in Deutschland investieren sollte, um hier Arbeitsplätze zu schaffen statt anderswo. Damit werden dann die Arbeiter hinter die eigenen Bosse und gegen die Arbeiter z. B. in China oder Osteuropa gestellt. Stattdessen ist es notwendig, ein System von Übergangsforderungen aufzustellen, das die Kämpfe um die heutigen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten mit der Frage der proletarischen Macht ergreifung verbindet, um so aus den Tageskämpfen eine Brücke zur längst überfälligen sozialistischen Revolution zu bauen. Beispielsweise ist es notwendig, einen Kampf zu führen für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich. Dies muss verbunden werden mit dem Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben. Nur so können die Interessen der Arbeiterklasse vorangebracht werden.

Die in Deutschland seit den 1960er-Jahren eingewanderten türkischen und kurdischen Arbeiter und ihre hier geborenen Kinder und Enkel sind nach wie vor in den strategischen Industrien konzentriert und viele von ihnen sind in den Gewerkschaften organisiert, wo sie häufig zu den kämpferischsten Kollegen zählen. Damit sind sie nicht einfach nur Opfer des rassistischen „Kriegs gegen den Terror“, in dessen Fadenkreuz sie stehen, sondern sie besitzen potenziell eine enorme soziale Macht, wenn sie Seite an Seite mit ihren deutschen Klassenbrüdern mobilisiert werden. Deutsche und eingewanderte Arbeiter werden entweder gemeinsam vorwärtsschreiten oder getrennt zurückgeschlagen werden. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die ganz wie Lenins Bolschewiki als Volkstribun aller Unterdrückten darum kämpft, die Arbeiter gegen jede Form von Unterdrückung zu mobilisieren, ob es nun die Jugend, die Frauen oder ethnische Minderheiten betrifft. Das erfordert einen politischen Kampf besonders gegen die Illusionen in die bürgerliche Demokratie, wie sie vom linken Flügel der LP geschürt werden.

Marwa El-Sherbini – Ein Opfer des rassistischen „Krieg gegen Terror“

Die schreckliche Ermordung der Ägypterin Marwa El-Sherbini am 1. Juli letzten Jahres wirft ein Schlaglicht darauf, wie der staatliche „Krieg gegen den Terror“ den antimuslimischen Rassismus in dieser Gesellschaft aufpeitscht. Ein Dresdner hatte im Sommer 2008 den NPD-Sympathisanten Alex Wiens, einen Russlanddeutschen, angezeigt, als er Zeuge davon wurde, wie dieser die junge, bildschöne Mutter auf einem Spielplatz aufgrund ihres Kopftuches als „Islamistin“, „Terroristin“ und Schlimmeres beschimpft hatte. Beim ersten Prozess bekräftigte der Angeklagte seinen rassistischen Dreck, und es kam zu einem Revisionsverfahren. Im Dresdner Landgerichtssaal wurde dann die junge, schwangere Frau vor den Augen ihres dreijährigen Sohnes vom Angeklagten mit 16 Messerstichen ermordet. Ihr Ehemann Elwy Ali Okaz, der ihr zu Hilfe eilte, erlitt ebenfalls Messerstiche. Von den herbeieilenden Polizisten eröffnete einer das Feuer... auf den am Boden liegenden, lebensgefährlich verletzten dunkelhaarigen Ehemann und schoss ihm ins Bein – Folge der jahrelangen Diffamierung von Muslimen als „innerer Staatsfeind“.

Marwa El-Sherbini ist ein Opfer des rassistischen „Kriegs gegen den Terror“ geworden. Der dreckige Mörder bezog seine Stichworte nicht einfach von der NPD, sondern sie stammten direkt aus dem Arsenal der bürgerlich-respektablen offiziellen staatlichen Kampagne gegen Muslime. Die üble Gleichung von „Muslim gleich potenzieller Terrorist“ lag der bundesweiten Rasterfahndung zugrunde, die der damalige SPD-Innenminister Otto Schily nach dem 11. September 2001 durchführen ließ. Dann kam die Kampagne, dass in Moscheen nur noch auf Deutsch gepredigt werden soll, was die Freitagsgebete als potenziell „terroristische“ Versammlungen verunglimpfte. Den gleichen Generalverdacht schüren auch die andauernden Polizeirazzien in Moscheen. Das *Migazin* (1. September 2009) berichtet über die sogenannten verdachtsunabhängigen Personenkontrollen, wie sie seit 2003 in Niedersachsen durchgeführt werden: „Die Polizei kommt freitags, unangemeldet und mit einem Großaufgebot. Sie postieren sich unmittelbar vor den Toren der Moschee und kontrollieren nach dem Freitagsgebet jeden, der die Moschee verlässt. Allein in den Jahren 2004 bis 2007 wurden in Niedersachsen insgesamt 14 verdachtsunabhängige Kontrollen vor Moscheen mit Identitätsfeststellung durchgeführt – in den Jahren 2003 bis 2005 wurden 14 000 Muslime und 6 000 Fahrzeuge überprüft.“ Solche Razzien finden auch in anderen Bundesländern statt, nur dass diese sich konkrete Vorwände suchen. Der baden-württembergische Innenminister Rech (CDU) erklärte das Kalkül: Die Polizei wird „immer wieder“ Moschee-Razzien durchführen, um „die Rekrutierung von Sympathisanten in Moscheen zu erschweren“ (*focus*, 29. November 2004).



kein Bildnachweis
Marwa El-Sherbini mit Familie

Das sind nur ein paar Beispiele für den politischen Hintergrund, vor dem der konzertierte Vertuschungsversuch nach dem furchtbaren Mord an Marwa El-Sherbini stattfand. Die erste Agenturmeldung, aus der wenig über das Vorgefallene hervorging, kam am 1. Juli 2009 heraus. Dann tat sich für eine Woche nahezu nichts in den Medien, und von der Regierung war schon gar nichts zu hören. Währenddessen kam es in Ägypten bei der Beerdigung von Marwa El-Sherbini zu wütenden Protesten, die auf andere islamische Länder übergriffen und international Aufmerksamkeit auf den Fall lenkten. Erst am 7. Juli 2009 kommt es zu Reaktionen der bürgerlichen Medien. So vermerkt der *Tagesspiegel* über „das deutsche Schweigen zum Mord an einer Muslimin in Dresden“: „Und eine weitere Wahrheit sollte schmerzen: Die Assoziation ‚Islam, Islamist, Terrorist‘, das alles ausgelöst durch den Anblick eines Menschen mit etwas dunklerer Haut und einem Kopftuch, lässt sich schwer als Einzelfall abtun. Seit Deutschland kaum nach dem 11. September 2001 den Krieg gegen den Terror durch Einführung der Rasterfahndung gegen alle eröffnete, die Bart oder Kopftuch und große muslimische Frömmigkeit zeigen, ist diese Assoziation in viel zu vielen Köpfen. Da ist es nur folgerichtig, wenn die Bundeskanzlerin schweigt...“ Da der Fall nun nicht mehr zu vertuschen war, wurde der Ex-Minister und damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering am 11. Juli 2009 zur Trauerfeier geschickt, um den Schaden für das Ansehen des deutschen Imperialismus wenigstens zu begrenzen.

Die Linken und der „Krieg gegen Terror“

Die *junge Welt* hatte am 4. Juli 2009 kurz über den Mord an Marwa El-Sherbini berichtet, und in einer Presseerklärung am 8. Juli erklärte Sevim Dagdelen für die LP: „Durch die Verbindung von Terrorismusbekämpfung und Sicherheit mit der Diskussion um ‚Integration‘ von Muslimen und der Be-

hauptung ihrer ‚kulturellen Fremdheit‘ gegenüber einer deutschen ‚Leitkultur‘ wurden seit Jahren Ängste geschürt und Ressentiments bedient. Der Islam diene dabei als ein Vehikel, um soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Sicherheitswahn mit dem Grundrechtsabbau zu legitimieren.“ Die antimuslimische Kampagne wird implizit als CDU-Sache – Stichwort „Leitkultur“ – dargestellt und damit die Rolle von SPD, Grünen und der LP selber, die nicht erwähnt werden, weißgewaschen. Die imperialistische Kampagne der „Terrorismusbekämpfung“ nimmt Dagdelen hin – das ist, wie schon gesagt, Konsens in der LP. Selbst wenn dies Linken wie Dagdelen nicht schmeckt, ordnen sie sich im Namen der Einheit und in der Hoffnung auf parlamentarischen Einfluss den LP-Führern vom Schlage Gregor Gysis und Klaus Lederers unter, die den deutschen Imperialismus um jeden Preis mitverwalten wollen und die den „Krieg gegen den Terror“ offen unterstützen.

Am 17. Juli veröffentlichte Christine Buchholz vom Parteivorstand der LP und Mitglied bei den Tony-Cliff-Anhängern von Marx21 eine Erklärung „Mord mit Ansage“. Staatliche Kampagnen gegen Muslime spielen keine Rolle, der „Krieg gegen den Terror“ wird im Gegensatz zur Erklärung von Sevim Dagdelen noch nicht einmal erwähnt. Antimuslimische Hetze wird als reine NPD-, höchstens noch als CDU-Sache dargestellt:

„Hierzulande steht die NPD an der Spitze der Islamhetze... Glücklicherweise sind die Nazis mit dieser Ideologie nach wie vor gesellschaftlich isoliert. Daher versuchen sie, Brücken ins bürgerliche Lager zu bauen und allgemeine Vorurteile gegenüber Muslimen aufzugreifen. Das Mittel der Wahl sind hierbei Kampagnen gegen Moscheebauten... Die Nazis setzen auf Islamfeindlichkeit, weil sie meinen, so am politischen Mainstream anknüpfen zu können. Leider zu Recht – die CDU hat mit ihrer Debatte um die ‚deutsche Leitkultur‘ eine Schenke für die Argumente der Nazis geschlagen. Auch mit der Diskussion über innere Sicherheit nach dem 11. September nähren maßgeblich Unionspolitiker einen Generalverdacht gegen Muslime.“

Damit wird der kapitalistische Staat komplett aus der Verantwortung genommen. Es war die SPD/Grünen-Regierung, die den „Generalverdacht gegen Muslime“ mit dem „Krieg gegen Terror“ in Deutschland durchpeitschte und sich an die „Spitze“ der Islamfeindlichkeit stellte. Marx21 vertuscht damit auch die eigene politische Verantwortung, denn 1998 haben sie – damals noch als Gruppe Linksruck – zur Wahl der SPD aufgerufen, und dann erneut 2002.

Die restliche pseudotrotzkistische Linke – Sozialistische Alternative (SAV), Gruppe Arbeitermacht oder der Revolutionär Sozialistische Bund – interessiert sich im Grunde genommen nicht für den Mord an Marwa El-Sherbini. Für sie war es auch kein großes Thema, als 2006 herauskam, dass die SPD/Grünen-Bundesregierung bei der CIA-Entführung des deutschen Staatsbürgers Khaled El-Masri in Mazedonien 2003 nicht nur informiert war und keinen Finger krumm machte, ihm zu helfen, sondern sogar BND-Agenten nach Kabul schickte, wohin ihn die CIA verschleppt hatte, um ihn dort zu verhören. Oder als aufflog, dass die USA der SPD/Grünen-Regierung 2002 angeboten hatten, den in Bremen aufgewachsenen türkischstämmigen Murat Kurnaz auszuliefern, der 2001 in Pakistan verhaftet und dann in die Folterhöhle nach Guantánamo verschleppt worden war. Diese lehnte ab, so dass Kurnaz' Altraum zwei Jahre länger währte. SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der als damaliger Chef des Kanzleramtes dicke Verantwortung dafür trug, bekräftigte: „Ich würde mich heute nicht anders entscheiden“ (*Spiegel*, 29. Januar 2007). Wir kämpfen im Gegensatz dazu darum, dass die Arbeiterklasse sich auch für Opfer staatlicher Kampagnen wie Murat Kurnaz oder Khaled El-Masri ein-



BAK Shalom

Berlin, 11. Januar 2009: Klaus Lederer, Chef der Berliner LINKEN, praktiziert Staatsräson, solidarisiert sich während Massaker an Palästinensern in Gaza mit Israels Regierung

setzt. Wie Lenin in *Was tun?* (1902) betonte, muss das Ideal eines revolutionären Marxisten „nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der Volkstribun sein ..., der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwilckür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen...“.

Als die Justiz dann auch noch die – verdiente – Höchststrafe gegen Sherbinis Mörder verhängte, war für die reformistische Linke alles im Lot. Die *junge Welt* berichtet am 12. November über den Prozess gegen Wiens und schließt wie folgt:

„Der ägyptische Botschafter Ramzy Ezzeldin Ramzy sprach gegenüber der Nachrichtenagentur AP von einem fairen und guten Verfahren und erklärte, mit dem Urteil sei der Gerechtigkeit Genüge getan worden. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, begrüßte in Berlin die Höchststrafe: ‚Die Botschaft lautet: Für Fremdenfeindlichkeit ist kein Platz in unserem Land.‘“

Da sie keinerlei eigenen Kommentar oder Meinung abgeben, teilen sie offenbar diese Meinung, die nichts als ein Persilschein für die Bourgeoisie von Auschwitz ist. Die SAV, Marx21, *junge Welt* kommen nicht einmal auf den Gedanken, dass man angesichts des Urteils, da es ausnahmsweise verdient ist, vor gefährlichen Illusionen in die „Gerechtigkeit“ des bürgerlichen Staates warnen muss. Für sie hat sich die „antifaschistische Demokratie“ endlich einmal bewährt und der Staat hat verstanden, dass er gegen Nazis mit Härte vorgehen muss.

Sie alle unterstützen letztlich die Verbotsforderungen gegen die NPD. Dies ist eine gefährliche Illusion, denn der Staat wird Gesetze und Maßnahmen gegen „Extremismus“ immer gegen die Linke und Immigranten einsetzen, so beim KPD-Verbot 1956 oder gegen die PKK 1993. In Berlin hetzte Erhard Körting anlässlich der Silvio-Meier-Gedenkdemo gegen Autonome als „rot lackierte Faschisten“ (*Tagesspiegel*, 8. Dezember 2009). Der bürgerliche Staat schützt die Faschisten als Reservearmee gegen die Arbeiterklasse. Appelle an den Staat sind entgegengesetzt zur notwendigen Mobilisierung der multiethnischen Arbeiterklasse an der Spitze von allen potenziellen Opfern der Faschisten, um die Nazis zu zerschlagen. Die Umsetzung dieser Perspektive erfordert den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, verankert in den Gewerkschaften, wo sie einen politischen Kampf gegen die Unterordnung der Arbeiter unter die Kapitalisten und ihren Staat durch die Sozialdemokratie – SPD wie LP – und ihre linken Anhängsel führen muss, damit die Arbeiter erkennen, dass nur ihre eigene Mobilisierung unabhängig

vom Klassenfeind und seinem Staat der Nazibrut Einhalt gebieten kann. Letztlich bedarf es einer Arbeiterrevolution, um Rassismus und Faschismus an ihrer Wurzel zu packen – dem kapitalistischen Ausbeutersystem.

Verteidigt Sabine Schiffer!

Zwischen Weihnachten und Neujahr stellte die Justiz dann klammheimlich die Ermittlungen wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den Präsidenten des Dresdner Landgerichts, den Richter und den Polizisten ein, die im Zusammenhang mit dem Mord an Marwa El-Sherbini aufgenommen worden waren. Denn obwohl bei der Revisionsverhandlung am 1. Juli 2009 die laut Staatsanwaltschaft „unbelehrbare rassistische Grundhaltung“ von Wiens bekannt war, wurde dieser weder auf Waffen durchsucht, noch waren Polizisten bei der Verhandlung anwesend, und es wurde kein Gerichtssaal gewählt, wo Barrieren zwischen Angeklagtem und Zeugen existieren. Stattdessen erhielt am 29. Dezember 2009 die Autorin der *Neuen Rheinischen Zeitung* und Leiterin des Instituts für Medienverantwortung (IMV), Dr. Sabine Schiffer, einen Strafbefehl. Ihr drohen nun zwei Monate Gefängnis oder 6000 Euro Strafe wegen übler Nachrede gegen den Polizisten, der, als er in den Gerichtssaal kam, auf El-Sherbinis Mann schoss anstatt auf den Mörder. Denn sie hatte in einem Interview mit dem Rundfunk der Islamischen Republik Iran am 14. Juli 2009 angemerkt, dass die Ursache der Verwechslung Rassismus war. Dies wird nun so dargestellt, als ob sie damit eine Aussage über die Weltanschauung des einzelnen Polizisten gemacht habe, wo doch offensichtlich ist, dass sie sich auf den gesellschaftlichen Kontext der Tat bezog. So schrieb sie in in der *NRhZ* (8. Juli 2009):

„Dass bisherige Bemühungen um eine Versachlichung der Diskussionen um Islam und Muslime bei weitem nicht ausreichen, zeigt diese Tat wie auch die Tatsache, dass der Ehemann des Opfers von einem Polizisten angeschossen wurde – nicht der tatsächliche Täter. Ob dies etwas mit dem Aussehen des Betroffenen zu tun hat, wäre in einem Gutachten zu prüfen.“

Der Strafbefehl ist ein übler Versuch, mit juristischen Mitteln unbequeme Meinungen zu unterdrücken, eine Bedrohung für alle Linken und kritischen Journalisten. Es hat sich ein Aktionsbündnis gegen Rassismus und für Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit zur Verteidigung von Sabine Schiffer gegründet, wo auch Gewerkschafter für sie unterschrieben haben. Es ist notwendig, dass die Arbeiterbewegung Sabine Schiffer verteidigt und fordert: Nieder mit der Anklage! Ein ähnlicher Zensurversuch gegen die Herausgeberin der Internetzeitung *scharf-links*, Edith Bartelmus-Scholich, durch das OLG Düsseldorf konnte zurückgeschlagen werden. Sie hatte einen Strafbefehl über 12000 Euro erhalten, weil sie Berichte der Roten Hilfe über den Prozess gegen das angebliche DHKP-C-Mitglied Faruk Ereren veröffentlichte, dem die Abschiebung in die Türkei und damit systematische Folter und lebenslängliche Isolationshaft drohten.

Es ist kein Zufall, dass die Nürnberger Staatsanwaltschaft Sabine Schiffer ins Fadenkreuz genommen hat. Sie engagiert sich gegen Rassismus und mit ihrem Buch *Antisemitismus und Islamophobie: ein Vergleich* vom Juni 2009 hat sie politisch einen empfindlichen Nerv getroffen. Die durch die kapitalistische Wiedervereinigung und durch den erneuten Zugriff auf Osteuropa gestärkte deutsche Bourgeoisie hat ihre Großmachtunternehmungen zynisch damit abgedeckt, sie würde die Lehren aus dem Holocaust ziehen. So rechtfertigte der grüne Außenminister Joschka Fischer 1999 die Teilnahme der Bundeswehr am NATO-Krieg gegen Serbien mit „Nie wieder Auschwitz“, nachdem er flugs den serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic zu einem „neuen Hitler“ erklärt hatte. Gleichzeitig wälzt die Bourgeoisie mittels eines andauernden Trommelfeuers von Kollektivschuld-

propaganda *ihre* Verantwortung für den Holocaust auf die deutsche Arbeiterklasse ab. Tatsächlich brachte die deutsche Bourgeoisie Hitler Anfang der 1930er-Jahre an die Macht, weil sie angesichts der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise um ihre Macht fürchtete. Mit Hilfe der Nazis mobilisierte sie das durch die Krise ruinierte und mit Antisemitismus und Antikommunismus bis zur Weißglut aufgehetzte Kleinbürgertum gegen die Arbeiterbewegung. Und erst nachdem die Nazis an der Macht alle Arbeiterorganisationen, KPD, Gewerkschaften und SPD, zerschlagen und zehntausende deutsche Arbeiterführer ermordet hatten, konnten sie den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust, die industrielle Ermordung von sechs Millionen Juden und bis zu einer halben Million Roma und Sinti, beginnen.

Es hat sich eine unheilige Allianz von antimuslimischen Ideologen zusammengetan, die die Vorhut des „Kriegs gegen Terror“ bilden. Diese beginnt bei rechtskonservativen Kollektivschuldideologen wie dem *Spiegel*-Autor Henryk M. Broder, schließt türkische Feministinnen wie Necla Kelek mit ein und reicht bis in linksliberale Kreise. Als Professor Wolfgang Benz, seit 20 Jahren Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, historische Parallelen bei der „unterschwellig bis grobschlächtig praktizierte[n] Diffamierung der Muslime als Gruppe durch sogenannte ‚Islamkritiker‘“ mit dem Antisemitismus feststellte (*Süddeutsche Zeitung*, 4. Januar), schlug ihm „ein unglaublicher Hass entgegen“ (*Berliner Zeitung*, 25. Januar). In seinem Vorwort zum *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2008 erklärt er: „Die Wut der neuen Muslimfeinde gleicht dem alten Zorn der Antisemiten gegen die Juden. Die Verabredung einer Mehrheit gegen das Kollektiv der Minderheit, das ausgegrenzt wird (einst und immer noch ‚die Juden‘, jetzt zusätzlich ‚die Muslime‘), ist gefährlich, wie das Paradigma der Judenfeindschaft durch seine Umsetzung im Völkermord lehrt.“ Flugs wurde Benz unterstellt, er habe keine Ahnung von Antisemitismus (Henryk M. Broder), ja man warf ihm gar selbst vor, sich nicht vom Antisemitismus „abgenabelt“ zu haben (Michael Wolffsohn). Nicht nur ist der Vergleich von Wolfgang Benz überaus zutreffend; indem er richtige Lehren aus Antisemitismus und Holocaust zieht, geht er auch gegen den zynischen Missbrauch der Erinnerungen an das Dritte Reich an, die aber so wichtig für die Bourgeoisie sind, um ihre Kriege und rassistischen Kampagnen vor der eigenen Arbeiterklasse zu rechtfertigen. Und deshalb der Hass auf ihn und die Verfolgung von Sabine Schiffer. Dahinter steckt natürlich auch die Angst, dass dies Schule machen könnte und dann Initiativen wie die GEW-Proteste in Berlin 2002 gegen die Rasterfahndung um sich greifen und den antimuslimischen Hetzern das Leben schwerer gemacht wird.

Unsere Tradition ist die der Bolschewiki, die im Völkergefängnis des zaristischen Russland unnachgiebig die internationale Arbeiterklasse gegen antisemitische Pogrome und zur Verteidigung der Rechte der unzähligen nationalen Minderheiten mobilisierten. Genauso muss die Arbeiterbewegung heute gegen rassistische Diskriminierung kämpfen, ob es nun Muslime, Juden oder Angehörige anderer ethnischer Minderheiten trifft. Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion, gegen die wir Trotzlisten mit allem, was wir hatten, kämpften, warf das Bewusstsein der Arbeiterklasse international weit zurück und gab den Kräften der politischen Reaktion weltweit Auftrieb. Heute ist es notwendig, in der Linken und Arbeiterbewegung gegen den Strom des historischen Pessimismus zu schwimmen, denn der Kapitalismus mit seinen Krisen wird unweigerlich neue Klassenkämpfe und damit letztlich auch revolutionäre Möglichkeiten hervorbringen. Es ist notwendig, im Bruch mit der sozialdemokratischen Politik des „kleineren Übels“ von LP und ihren Anhängseln eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei als Tribun aller Unterdrückten zu schmieden, die als Teil einer trotzkistischen Internationalen für neue Oktoberrevolutionen weltweit kämpft. ■



AP
Haiti unter dem Stiefel des US-Imperialismus. Links: Marines (um 1919) während brutaler Besetzung von 1915–34. Oben: US-Soldat drangsaliert Haitianer während Clintons Operation 1994, die Aristide erneut an die Macht brachte

Haiti...

Fortsetzung von Seite 24

Vor dem Hintergrund der brutalen Besetzung Afghanistans und des Irak wie auch der sich ausweitenden Luftangriffe in Pakistan bietet die „Hilfsanstrengung“ für Haiti der Obama-Regierung die Möglichkeit, das „humanitäre“ Image des US-Imperialismus aufzumöbeln. Wie wir wiederholt betont haben, ist Obama nach acht Jahren des bizarr dementen Regimes von George W. Bush, das in imperialistischer Arroganz und Barbarei schwelgte, gut geeignet, das weltweit angeschlagene Image des US-Imperialismus wieder aufzupolieren. Doch ob der Oberkommandierende ein Demokrat oder ein Republikaner ist, der US-Imperialismus bleibt die blutigste und raubgierigste imperialistische Macht auf der Erde. Obamas „humanitäre“ Ambitionen in Haiti sind nur eine dünne Fassade über rassistischer Unterdrückung und imperialistischer Unterjochung.

Eine der Hauptbestrebungen der US-imperialistischen Herrscher ist es, Haitianer davon abzuhalten, von der Insel zu flüchten. Deshalb richteten die USA zügig eine umfassende Seeblockade ein, um einen Massenexodus von Flüchtlingen, die in den USA Zuflucht suchen, über See zu verhindern. Täglich kreist ein amerikanisches Luftwaffenflugzeug über Haiti und strahlt einen kreolischsprachigen Appell von Haitis Botschafter in Washington aus, der die Haitianer dazu aufruft, nicht per Boot außer Landes zu fliehen.

Die Obama-Regierung gab bekannt, dass Haitianern ohne Papiere ein „zeitweiliger geschützter Status“ gewährt werde, der ihnen erlaube, in den USA zu bleiben und zu arbeiten – sollten sie in dieser Wirtschaft inmitten grassierender Arbeitslosigkeit und den Zwangsräumungen überhaupt Arbeit finden können. Aber vielen verletzten Haitianern wurde das Visum verweigert, das sie brauchen, um zur Operation und zur medizinischen Behandlung nach Miami verlegt werden zu können – Beamte der Einwanderungsbehörde in Florida nahmen sogar ein zwei Jahre altes haitianisches Kind fest, das medizinischer Behandlung bedurfte. Im US-Militärlager von Guantánamo, Kuba, sind immer noch fast 200 Gefangene des „Krieg gegen den Terror“ unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt. Obamas Frist für die Schließung des Gefängnisses lief letzte Woche unbemerkt ab. Die dortigen Militärbehörden beeilen sich, eine Einrichtung zur Aufnahme von 13000 haitianischen Flüchtlingen bereitzustellen.

Mit seinen Vorkehrungen gegen haitianische Flüchtlinge, die in die USA zu gelangen versuchen, tritt Obama in die Fußstapfen von George W. Bush und früheren Präsidenten, zurück bis zu einem 1981 von Präsident Ronald Reagan und dem damaligen Marionettendiktator „Baby Doc“ Duvalier unterzeichneten Vertrag. Im September 1991 brachte ein Militärputsch die Präsidentschaft des populistischen Priesters Jean-Baptiste Aristide nach weniger als einem Jahr zu Fall und zwang viele seiner Unterstützer in brüchigen Booten aufs Meer. Die Regierung des ersten Bush fischte Tausende haitianischer Flüchtlinge aus ihren Booten und inhaftierte sie auf unbestimmte Zeit in Guantánamo ohne Anspruch auf Rechtsbeistand – eine Politik, die unter dem Demokraten Bill Clinton fortgeführt wurde. Wir fordern: Nieder mit der rassistischen Verbannung haitianischer Flüchtlinge! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! USA raus aus Guantánamo!

Nieder mit dem US-Imperialismus!

Liberales, die von der Politik der Obama-Regierung in Afghanistan und im Irak enttäuscht sind, haben das Erdbeben in Haiti als eine Gelegenheit für die USA aufgefasst, ein freundliches Gesicht zu zeigen. Das fand Widerhall bei Obamas etwas enttäuschten reformistischen Förderern wie der ISO und der WWP. Die ISO fordert, dass „Obama die militärische Invasion Haitis sofort beenden“ soll, und ruft stattdessen die USA dazu auf, „das Land mit Ärzten, Krankenschwestern, Nahrungsmitteln, Wasser und Baumaschinen zu überfluten“ (*Socialist Worker* online, 19. Januar). Ähnlich fordert Workers World auf ihrer Website in einer Erklärung vom 14. Januar „den Abzug aller UN-Kampfftruppen“ und ruft dazu auf, dass „alle Bonuszahlungen an Manager von Finanzinstitutionen, die Rettungsgelder erhalten haben, Haiti gespendet werden sollen“.

Die Vorstellung, der US-Imperialismus könne dazu gedrängt werden, den Bedürfnissen der Unterdrückten zu dienen und nicht seinen eigenen Klasseninteressen, verrät grenzenlose Illusionen in die wohlwollenden Behörden der raubgierigen amerikanischen herrschenden Klasse. Reformisten wie die ISO und die WWP erhoben auf Demonstrationen gegen den US-Krieg im Irak immer wieder Forderungen nach einer Verschiebung der Prioritäten bei Staatsausgaben der US-Regierung, weg vom Krieg hin zu Sozialleistungen wie Bildung. Doch neokoloniale Vorherrschaft und Machterweiterung gehören zum Imperialismus,



Rainey/Newark Star-Ledger

Kubanisches medizinisches Freiwilligenteam behandelt Erdbebenopfer in Port-au-Prince, 16. Januar

und kein noch so heftiges Druckausüben und Appellieren kann dies ändern.

Die brutale Behandlung, die asylsuchenden Haitianern in den USA routinemäßig zuteil wird – Internierung, Demütigung, Abschiebung – steht in scharfem Gegensatz dazu, wie die USA konterrevolutionäre Gusanos (Würmer) willkommen heißen, die sie zur „Flucht“ aus Kuba ermutigen. In Kuba stürzte eine soziale Revolution den Kapitalismus einer einst verarmten Neokolonie, und seitdem ist die herrschende Klasse der USA entschlossen, die Kubanische Revolution zu Fall zu bringen und in diesem Lande die kapitalistische Ausbeutung wieder einzuführen. Wir treten für die bedingungslose militärische Verteidigung des kubanischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaates gegen Imperialismus und die Kräfte der Konterrevolution im Inneren ein. Gleichzeitig kämpfen wir für eine proletarisch-politische Revolution, um die herrschende stalinistische Bürokratie zu stürzen und durch ein Regime auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie und revolutionärem Internationalismus zu ersetzen.

Kuba hat Länder in ganz Lateinamerika und anderswo mit medizinischem Personal und medizinischer Ausbildung unterstützt, und kubanische Universitäten haben mehr als



Reuters

19. Januar – Fünfzehnjähriges Mädchen, das von haitianischem Bullen wegen „Plünderung“ erschossen wurde

500 haitianische Ärzte kostenlos ausgebildet. Schon vor dem Erdbeben arbeiteten etwa 350 medizinische Mitarbeiter in Haiti. Wenige Stunden nach der Katastrophe entsandte Kuba weitere 69 Ärzte des Internationalen Ärzte-Kontingents Henry Reeve, spezialisiert auf Katastrophensituationen und schwerwiegende Epidemien. Diese Brigade, die nach einem US-Bürger benannt ist, der Ende des 19. Jahrhunderts für die Unabhängigkeit Kubas von Spanien kämpfte, wurde 2005 von der kubanischen Regierung ins Leben gerufen, um Opfern des Hurrikans Katrina zu helfen (den kubanischen Ärzten wurde die Einreise in die USA verweigert).

Selbst das konservative *Wall Street Journal* (17. Januar) gab zu: „US-Beamte haben Sicherheitsbedenken für die schleppende Hilfe verantwortlich gemacht. Doch ein Team kubanischer Ärzte wurde am Montag dabei beobachtet, wie es Hunderte von Patienten behandelte, ohne dass irgendwelche Gewehre

oder Soldaten in Sichtweite waren.“ Darüber hinaus hat Kuba den Flugzeugen des US-Militärs eine zeitweilige Erlaubnis zum Überfliegen seines Luftraums gegeben, um die Hilfeleistungen für Haiti zu beschleunigen, und das trotz wiederholter Versuche des US-Imperialismus, dort eine Konterrevolution anzuzetteln – darunter eine seit Jahrzehnten andauernde US-Hungerblockade.

Die Überlegenheit einer kollektivierten Wirtschaft über kapitalistische Anarchie zeigt sich nicht zuletzt darin, wie Kuba mit Naturkatastrophen umgeht. Kuba, das regelmäßig von Wirbelstürmen heimgesucht wird, ist bekannt für seine Effizienz bei der Evakuierung von Bürgern angesichts derartiger Katastrophen. Als das Erdbeben von Haiti begann, wurde Südost-Kuba für 90 Minuten in Tsunami-Alarmzustand versetzt. In diesem kurzen Zeitraum evakuierten die kubanischen Behörden etwa 30 000 Menschen aus Baracoa, dem Teil des Landes, der Haiti am nächsten liegt; sie konnten noch am selben Abend nach Hause zurückkehren.

Eine Geschichte neokolonialer Vergewaltigung und Plünderung

Seit 200 Jahren bezahlen die haitianischen Massen mit ihrem Blut für die Revolution, die sie unter der Führung von Toussaint L'Ouverture gegen die französische koloniale Sklavenhalterherrschaft unternommen hatten. Die unmittelbar von der Großen Französischen Revolution inspirierte Haitianische Revolution von 1791–1804, die in der Errichtung des ersten unabhängigen schwarzen Staates der Moderne gipfelte, war ein Leuchtfeuer, das Sklavenaufstände in ganz Amerika beflügelte. Sie wurde sowohl vom napoleonischen Frankreich als auch von den Sklavenhaltern der Vereinigten Staaten mit rasender rassistisch-konterrevolutionärer Feindschaft empfangen.

Haiti wurde dazu gezwungen, als Gegenleistung für die Anerkennung durch Frankreich die ehemaligen Sklavenhalter in Höhe von 150 Millionen Goldfrancs – nach heutigem Wert etwa 20 Milliarden US-Dollar – zu entschädigen. Die USA ihrerseits verweigerten Haiti bis 1862, nach dem Beginn des Bürgerkriegs gegen die Sklavenhalter des Südens, die diplomatische Anerken-

nung. Im gesamten 19. Jahrhundert bedienten sich die USA und die europäischen Mächte der Kanonenbootdiplomatie und drohten mit Militärintervention, um die Schuldentrückzahlung zu erpressen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts mussten 80 Prozent von Haitis Staatsbudget dafür aufgewendet werden, um die ehemaligen Ausbeuter auszuzahlen, und das Land ist heute immer noch eine furchtbar arme Schuldernation.

Das US-Militär marschierte 1888, 1891 und 1914 in Haiti ein. 1915 begannen die USA eine blutige Besetzung des Landes, die bis 1934 andauern sollte. Das US-Militärregime in Haiti war einem Historiker zufolge „wahrscheinlich das blutigste in der ganzen Karibik“ (Donald Schulz und Douglas Granham [Hrsg.], *Revolution and Counterrevolution in Central America and the Caribbean* [Revolution und Konterrevolution in Zentralamerika und der Karibik], 1984).

Die Besetzung und die anschließende Verhängung von Zwangsarbeit provozierten einen nationalen Aufstand der Cacos (Bauernguerilla), der 1916 begann und fünf Jahre andauerte, bis er in Blut ertränkt wurde. Mumia Abu-Jamal, Amerikas herausragendster Klassenkriegsgefangener, beschrieb das in einer Kolumne von 1994 („American Hatred of Haiti“ [Amerikanischer Hass auf Haiti], *Workers Vanguard* Nr. 609, 28. Oktober 1994):

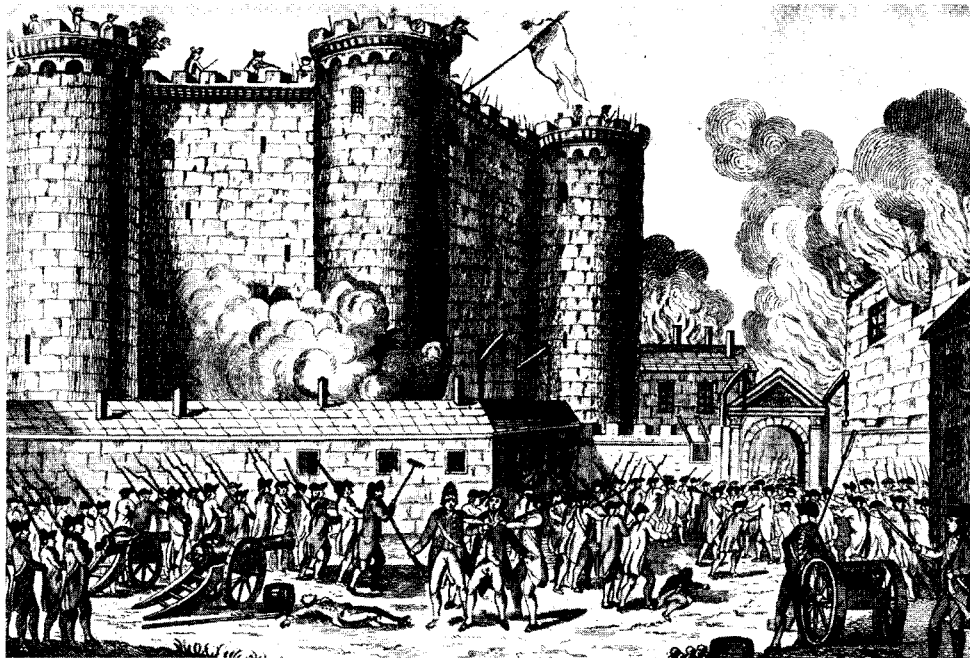
„Als die Menschen im Cacos-Aufstand gegen diese erzwungene Sklaverei rebellierten, antworteten die US-Marines mit rücksichtsloser Repression, der schätzungsweise 15000 Bauern zum Opfer fielen.

Ein US-Marineoffizier, Oberst Littleton W.T. Waller (Virginia), schrieb über seine Eindrücke von dem Volk, dem sie laut heutiger Geschichtsschreibung zu ‚Hilf‘ kamen; die Haitianer waren ‚echte N---r und man täusche sich nicht – es gibt hier einige gutaussehende, wohlgezogene, kultivierte Männer, doch unter der Oberfläche sind es echte N---r‘. Ein Paradebeispiel exportierter amerikanischer ‚Demokratie‘“.

Seitdem haben die USA einen haitianischen Despoten nach dem anderen unterstützt, von denen jeder das Land weiter schröpfte, welche Ressourcen auch immer noch übrig waren. Einer dieser brutalen Diktatoren war der berüchtigte „Papa Doc“ Duvalier, der die Schlägerbanden der Tonton Macoutes organisierte und 50000 politische Gegner tötete. Sein irrer Sohn „Baby Doc“ musste 1986 während einer Massenerhebung nach Frankreich fliehen. Nach Schätzungen eines Gutachtens soll „Baby Doc“ für jedes Jahr, das er an der Macht war, den Gegenwert von 4,5 Prozent des haitianischen Bruttoinlandsproduktes gestohlen haben. Wie Graham Greene in seinem Roman *Die Stunde der Komödianten* schreibt, waren die USA für die Errichtung der „Alptraumrepublik“ verant-

wortlich. Amerikaner können den Roman lesen; Haitianer mussten ihn leben.

Die massive Unzufriedenheit, die „Baby Doc“ Duvalier von der Macht vertrieb, führte schließlich im Dezember 1990 zur Wahl des radikalen katholischen Priesters Jean-Bertrand Aristide. Buchstäblich die gesamte internationale Linke gab ihm politische Unterstützung. Die WWP jubelte Aristide zu,



Hulton

Oben: Erstürmung der Bastille, Auftakt zur Französischen Revolution, 14. Juli 1789. Toussaint L'Ouverture (kleines Bild) schmiedete eine Armee schwarzer Sklaven, die Freiheit und Unabhängigkeit für Haiti errang. Unten: Emile Antoine Bayards „Aufstand der Neger von San Domingo“. Haitianische Revolution verband den Kampf gegen die Sklaverei mit den Idealen der Französischen Revolution



New York Public Library



Bettmann

weil er angeblich versprochen habe, Dinge wie „wirtschaftliche Gerechtigkeit“, „ehrlche“ Regierungsführung und „breite Beteiligung des Volkes“ einzuführen (*Workers World*, 27. Dezember 1990). In ihrem Artikel zitierte die WWP aus einer Solidaritätsadresse, die sie an Aristide geschickt hatte und in der sie seinen „großartigen Mut bei der Einbringung der Flut des Massenkampfes in die Wahlkampagne“ pries. Ähnlich feierte die ISO Aristides Wahl und behauptete, er sei sich dessen „vollkommen bewusst, dass zum Überleben der Demokratie in Haiti das gesamte System umstrukturiert werden muss“ (*Socialist Worker*, November 1991).



Winter/New York Times

Haitianer, die dringend Wasser brauchen, in der Nähe des Flughafens Toussaint L'Ouverture, 15. Januar

Dagegen warnten wir: „Aristide wird entweder die Rolle des unterwürfigen Werkzeugs der haitianischen Bourgeoisie und der US-imperialistischen Oberherrscher spielen oder er wird in einem reaktionären Handstreich mit dem Ziel der endgültigen Disziplinierung der gnadenlos unterdrückten Bevölkerung hinweggefegt werden“ („Haiti: Election Avalanche for Radical Priest“ [Haiti: Erdrutschwahlsieg für radikalen Priester], *WV* Nr. 517, 4. Januar 1991). Es bewahrheitete sich beides.

Anfangs verärgerte Aristide die US-Herrscher, indem er sich ihren Wirtschaftsdiktaten widersetzte und diplomatische Beziehungen zu Kuba aufnahm. Dies war eines der wenigen Verdienste des Aristide-Regimes, da es bedeutete, dass kubanische Ärzte und Krankenschwestern in Haiti ihre Arbeit aufnehmen. Aristide wurde 1991 gestürzt. 1994 setzte Präsident Clinton nach einer Hungerblockade gegen Haiti Aristide mit blanker Waffe wieder ein, wobei Marines das Land durch eine Militärintervention namens „Operation Uphold Democracy“ besetzten. Aristide unterstützte sowohl das Embargo als auch die Invasion. Er bewies seinen US-Aufsehern seine Verlässlichkeit, indem er noch vor seiner Rückkehr an die Macht 1994 einem drastischen Kahlschlagprogramm, der Privatisierung staatseigener Industrien, Massenentlassungen im öffentlichen Dienst und der faktischen Abschaffung von Einfuhrzöllen zustimmte. Letzteres führte den Zusammenbruch der einheimischen Wirtschaft herbei, da der Markt zum Beispiel mit amerikanischem Reis überflutet wurde, der billiger war als das in Haiti angebaute Produkt. Nachdem Aristide die Armee (ein Widerstandszentrum gegen sein Regime) 1995 aufgelöst hatte, stützte er seine Herrschaft auf einen brutalen Polizeiapparat und auf Bandenterror.

2004 wurde Haiti wieder von bewaffneten Revolten (einige von Washingtoner Neokonservativen unterstützt) heimgesucht. Bush schickte US-Marines zum Einmarsch nach Haiti, und dabei schaffte eine US-Eskorte Präsident Aristide außer Landes und ins Exil nach Afrika. Vor allem die Demokraten des Congressional Black Caucus [Vereinigung schwarzer Abgeordneter im Kongress] hatten sich damit hervorgetan, den zögernden Bush zum Einsatz der Marines zu drängen, wenn auch angeblich zur Verteidigung von Aristide. Die US-Invasionen von 1994 und 2004, die beide mit Rückendeckung der UN ausgeführt wurden, waren größtenteils durch die Entschlossenheit der US-Herrscher motiviert, Haitianer daran zu hindern, die amerikanische Küste zu erreichen. Wir betonten damals, dass die US-Besetzung

Haitis auch für den kubanischen deformierten Arbeiterstaat sowie für das militante Proletariat der Dominikanischen Republik, die sich die Insel Hispaniola mit Haiti teilt, eine Gefahr darstellt (siehe „Haiti: U.S./UN Troops Out!“ [Haiti: US-/UN-Truppen raus!], *WV* Nr. 821, 5. März 2004).

Im Anschluss an die Invasion von 2004 wurde eine Besatzungstreitmacht unter UN-Schirmherrschaft gebildet, was den Aufbau einer verstärkten haitianischen Polizeitruppe aus sadistischen Vergewaltigern und Killern mit sich brachte. Die UN ist seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg immer ein Feigenblatt für nackte imperialistische Aggression gegen halbkoloniale Länder gewesen. Während der gegenwärtigen Erdbebenkatastrophe haben die von den USA bewaffneten Schlägertypen der haitianischen Polizei kaltblütig „Plünderer“ niedergeschossen, darunter ein 15-jähriges Mädchen, das in den Kopf geschossen wurde, als es ein paar Wandbehänge von den Ruinen forttrug.

Das imperialistische System, das seine kolonialen und halbkolonialen Untertanen erdrückender Armut und Erniedrigung unterwirft, muss durch internationale proletarische Revolution hinweggefegt werden. Haitianische Arbeiter in den USA, Kanada und anderswo werden das lebendige Bindeglied sein zwischen dem Kampf für nationale und soziale Emanzipation in Haiti und dem Kampf für sozialistische Revolution in den imperialistischen Zentren Nordamerikas, die Haiti zu einer neokolonialen Hölle gemacht haben.

Für revolutionären Internationalismus

In einem Artikel vom 20. Januar, den die zentristische Internationalist Group (IG) auf ihrer Website veröffentlicht hat, führte sie an, dass das Erdbeben die Möglichkeit für eine sozialistische Revolution in Haiti eröffnet. Die IG schrieb, dass sich Haitis „kleines, aber militantes Proletariat an die Spitze der verarmten städtischen und ländlichen Massen setzen kann, die versuchen, ihre eigene Macht zu organisieren, insbesondere jetzt, wo die kapitalistische Staatsmaschinerie bis auf ein paar marodierende Banden von Polizisten größtenteils in Trümmern liegt“.

Die nackte Wirklichkeit, die die IG gerne leugnen würde, ist, dass a) schon vor dem Erdbeben in Haiti so gut wie keine Arbeiterklasse existierte; b) nach dem Erdbeben nicht nur der Staat „größtenteils in Trümmern liegt“, sondern auch die Gesellschaft insgesamt, einschließlich der verzweifelten und ihrer Habseligkeiten beraubten Bevölkerung; und c) es in Haiti eine Militärmacht gibt, die bei weitem nicht „in Trümmern liegt“, und das ist der US-Imperialismus.

Die IG fordert, dass „*alle US/UN-Truppen das Land verlassen*“, und stellt die derzeitige US-Militärpräsenz in Haiti so dar, als hätte sie den Zweck, einen Volksaufstand zu unterdrücken: „Diese gewaltige militärische Besetzung ist nicht dazu da, Hilfe zu bringen, sondern *Unruhen unter den Armen und Werktätigen Haitis im Keim zu ersticken*“ (Hervorhebung im Original). Nach der Logik der IG muss man die kubanische Regierung dafür verurteilen, dass sie nach dem Erdbeben ihren Luftraum für amerikanische Militärflugzeuge geöffnet hat. Die IG spielt auf zynische Weise mit Phrasen und setzt sich ungeniert darüber hinweg, dass ihre Politik in der realen Welt, sollte sie durchgeführt werden, zu einem Massensterben durch Verhungern führen würde.

Ungeachtet der hirnverbrannten und grotesken Phantasien der IG gibt es für Haiti heute keine guten Alternativen. Das US-Militär ist die einzige Kraft vor Ort, die fähig ist – z.B. durch LKWs, Flugzeuge, Schiffe – den Transport dessen, was die haitianische Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Wasser, medizinischen und anderen Hilfsgütern erreicht, zu organisieren. Und es tut dies auf die typische widerliche US-imperialistische Art und Weise. Wir sind von jeher gegen jede US- und UN-Besetzung in Haiti und anderswo eingetreten – und möglicherweise wird es in naher Zukunft nötig sein, einen Abzug der USA/UNO aus Haiti zu fordern – aber wir werden nicht die Beendigung von Hilfe fordern, die die haitianischen Massen kriegen können. Wie der bolschewistische Führer Leo Trotzki in seinem Artikel von 1938 „Lernt denken – Ein freundschaftlicher Rat an gewisse Ultralinke“ erklärte:

„Eine unversöhnliche Haltung gegenüber dem bürgerlichen Militarismus bedeutet keineswegs, dass das Proletariat *in allen Fällen* einen Kampf gegen seine eigene ‚nationale‘ Armee führt. Zumindest würden sich die Arbeiter nicht den Soldaten in den Weg stellen, die ein Feuer löschen oder während einer Flut Ertrinkende retten; im Gegenteil, sie würden sich an der Seite der Soldaten daran beteiligen und sich mit ihnen verbrüdern...

In neunzig von hundert Fällen setzen die Arbeiter tatsächlich ein Minuszeichen, wo die Bourgeoisie ein Pluszeichen setzt. In zehn Fällen hingegen sind sie gezwungen, dasselbe Zeichen zu setzen wie die Bourgeoisie, es jedoch mit ihrem eigenen Siegel des Misstrauens gegen die Bourgeoisie zu versehen. Die Politik des Proletariats leitet sich durchaus nicht automatisch aus der Politik der Bourgeoisie ab, indem sie deren Vorzeichen umkehrt (dann wäre jeder Sektierer ein Meisterstrategie). Nein, die revolutionäre Partei muss sich in jedem Falle, in der inneren wie in der äußeren Lage, *unabhängig* orientieren und die Entscheidungen treffen, die den Interessen des Proletariats am besten entsprechen.“

Dass die IG heute in Haiti eine proletarische revolutionäre Opposition hervorzaubert, folgt aus der hirnverbrannten Logik ihrer Verherrlichung des Dritte-Welt-Nationalismus. In der Praxis leugnen sie die fürchterlichen Auswirkungen, die nahezu zwei Jahrhunderte der Ausplünderung durch die USA und andere kapitalistische Mächte auf Haiti gehabt haben. Die bittere Wahrheit ist, dass die verzweifeltsten Verhältnisse in Haiti heute nicht *innerhalb* Haitis gelöst werden können. Der Schlüssel zur Befreiung Haitis liegt in einer proletarischen Revolution in der gesamten Hemisphäre, bei der die Mobilisierung des beträchtlichen haitianischen Proletariats *in der Diaspora* eine Schlüsselrolle spielen kann. Außer den brutal unterdrückten haitianischen Arbeitern der Zuckerrohrplantagen in der Dominikanischen Republik und denen, die anderswo in der Karibik arbeiten, leben nunmehr hunderttausende haitianische Arbeiter in Städten von Montreal bis Miami. Diese Arbeiter können ein lebendiges Bindeglied zum Klassenkampf des mächtigen nordamerikanischen Proletariats sein.

Der Artikel der IG erwähnt nicht einmal die hunderttausenden haitianischen Arbeiter in den städtischen Zentren Nordamerikas. Dagegen trifft zu, was ein Spartacist-Sprecher bei einer öffentlichen Diskussion im Oktober 1991 in



Farrell/Miami Herald

Schmerz um ein kleines Kind, das aus den Trümmern geborgen wird

New York City erklärte:

„Haitianische Nationalisten beklagen immer die Tatsache, dass es eine haitianische Diaspora gibt. Genossen, es ist sehr *gut*, dass ihr eine Diaspora habt! Sie internationalisiert den Kampf der haitianischen Arbeiter, gibt ihnen soziale Macht und trägt dazu bei, eine internationale Avantgarde mit direkter Verbindung zum US-Proletariat zu schmieden, das die Macht besitzt, den Imperialismus in die Knie zu zwingen...

Haitianische Arbeiter in der ganzen Diaspora sind heute ein lebendiges Bindeglied zwischen dem revolutionären Klassenkampf in Haiti und der gesamten Karibik und dem nordamerikanischen Kontinent. Die Organisation der bewusstesten Elemente in einer internationalistischen bolschewistischen Partei, einer trotzkistischen Partei, ist die Aufgabe, die sich die Internationale Kommunistische Liga im Kampf für eine weltweite sozialistische Revolution stellt.“ („Haitian Workers: Fight for Power!“ [Haitianische Arbeiter: Kämpft um die Macht!], *WW* Nr. 537, 27. Oktober 1991)

Nur dieses revolutionär-internationalistische Programm bietet für die Befreiung der haitianischen Massen eine echte Perspektive.■

BESTELLT!

Black History and the Class Struggle Nr. 6

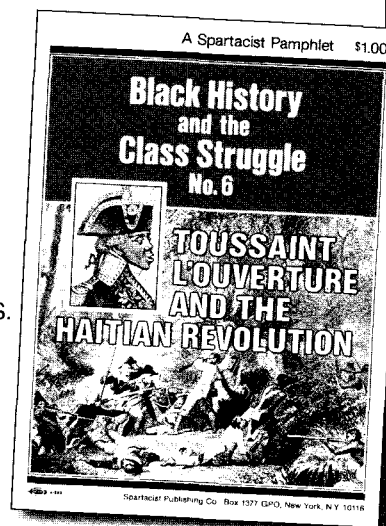
€ 1,- (32 Seiten)

Englischsprachige Zeitschrift

Enthalten im Abo von *Workers Vanguard*, zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060



BT zu Haiti: Atemberaubender Zynismus

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 953, 26. Februar, der Zeitung unserer Schwesterorganisation Spartacist League/U.S.

Vor einigen Jahren bekamen wir per E-Mail eine Sammlung interner Mitteilungen zugesandt, die Anhänger der Internationalen Bolschewistischen Tendenz (BT) untereinander ausgetauscht hatten. Diese waren zwar ziemlich bescheuert, aber bezeichnend für das Niveau politischer Diskussion innerhalb der BT. Aufmerksam wurden wir aber bei folgender Erklärung des obersten Führers der Organisation, Bill Logan: „Unsere Orientierung geht in Richtung einer Fusion mit der IG [Internationalist Group], deren Vorbedingung natürlich eine programmatische Annäherung ihrerseits ist.“

Es scheint, dass die BT eine solche „Annäherung“ in der jüngsten Erklärung der IG gefunden hat, die Spartacist League sei „vom Nachgeben unter dem Druck der herrschenden Klasse zur unverhohlenen Rechtfertigung des Imperialismus übergegangen“ („Spartacist League Backs U.S. Imperialist Invasion of Haiti“ [Spartacist League billigt US-imperialistische Invasion Haitis], 30. Januar). Ein von der BT am 9. Februar auf ihrer Website veröffentlichter Artikel, „Imperialist Troops Out of Haiti!“ [Imperialistische Truppen raus aus Haiti!], pflichtet der „Einschätzung der IG über die skandalöse Kapitulation der SL vor der imperialistischen Intervention in Haiti“ bei. Als Antwort auf die „Einschätzung“ der IG verweisen wir unsere Leser auf unseren Artikel „Haiti: IG Conjures Up Revolution Amid the Rubble“ [Inmitten der Trümmer beschwört die IG die Revolution] (WV Nr. 952, 12. Februar). Was die BT angeht, so ist ihr Zynismus wie immer atemberaubend.

Die erste Erklärung der BT zu Haiti vom 29. Januar, zwei Wochen nach dem Beben, enthielt nicht die Forderung „Imperialistische Truppen raus aus Haiti!“ Und als es 2004 eine echte von den USA angeführte und von der UNO gesponserte Invasion Haitis gab, darunter ein Kontingent von 500 Soldaten aus Kanada, wo die BT ihre Hauptbasis hat, forderte die BT in ihrer Zeitung 1917 nicht „Imperialistische Truppen raus aus Haiti!“ (Tatsächlich konnten wir auf der gesamten Website der BT nur einen beiläufigen Hinweis auf diese Invasion finden.)

Die BT pfeift auf die imperialistische Unterdrückung der haitianischen Massen, eine Gleichgültigkeit, die zu ihrer allgemeinen höhnischen Verachtung besonderer Unterdrückung passt, ob es sich nun um die nationale Unterjochung Quebecs durch den imperialistischen Staat Kanada oder die brutale Segregation und staatliche Unterdrückung der schwarzen Ghetto-Massen in den USA handelt. Die Verwüstung Haitis ist für diese Renegaten einfach nur eine willkommene Gelegenheit, das zu tun, was schon immer ihre Lieblingstätigkeit war: sich die Spartacist League „vorzuknöpfen“. Diesmal sehen sie darin den zusätzlichen Nutzen, ihre amourösen Annäherungsversuche gegenüber der IG voranzutreiben.

In gewisser Weise unterscheiden sich die politischen Triebkräfte der BT und der IG voneinander. Die IG erklärte, das Erdbeben biete eine unmittelbare Möglichkeit für einen Arbeiteraufstand in Haiti – eine groteske Phantasie, die, wie wir feststellten, von ihrer Anpassung an den Dritte-Welt-Nationalismus herrührt. Die Empfindlichkeiten der BT sind die von Erste-Welt-Sozialdemokraten, die Illusionen in die angeblichen „humanitären“ Ambitionen des Imperialismus verbreiten. Genau diese Sichtweise wurde von der britischen Gruppe Workers Power (in Deutschland

Gruppe Arbeitermacht) auf den Punkt gebracht. In einer Veröffentlichung auf ihrer Website vom 21. Januar, „Haiti – Aid or Colonisation?“, erhob Workers Power die absolut wahnhaftige Forderung: „Die Soldaten sollen entweder ihre Waffen ablegen und den zivilen Agenturen zur Verfügung gestellt werden – oder Haiti verlassen“, und fügte hinzu: „Alles an Militärfahrzeugen und -ausrüstung, was von Nutzen sein könnte, soll unter zivile Aufsicht gestellt werden.“

Die BT wiederum verweist auf das Rote Kreuz und Médecins Sans Frontières (in Deutschland Ärzte ohne Grenzen) als die wahre Quelle der Hilfe für die verzweifelte haitianische Bevölkerung. Doch diese Organisationen sind nichts anderes als Agenturen des Imperialismus. Der selbsterklärte Zweck des Amerikanischen Roten Kreuzes ist es, „Verantwortlichkeiten zu übernehmen, die ihm von der Regierung übertragen werden“ – d. h. vom US-Imperialismus. Médecins Sans Frontières wiederum wurde als „humanitärer“ Arm des französischen Imperialismus gegründet. Einer der Gründer, Bernard Kouchner, ist jetzt französischer Außenminister.

Wie wir in „Erdbebenkatastrophe in Haiti: Imperialismus, Rassismus und Hungersnot“ (WV Nr. 951, 29. Januar; deutsche Übersetzung siehe Seite 24 dieser Ausgabe) bemerkten, sieht die harte Realität so aus:

„[Es gibt] für Haiti heute keine guten Alternativen. Das US-Militär ist die einzige Kraft vor Ort, die fähig ist – z. B. durch LKWs, Flugzeuge, Schiffe – den Transport dessen, was die haitianische Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Wasser, medizinischen und anderen Hilfsgütern erreicht, zu organisieren. Und es tut dies auf die typische widerliche US-imperialistische Art und Weise. Wir sind von jeher gegen jede US- und UN-Besetzung in Haiti und anderswo eingetreten – und möglicherweise wird es in naher Zukunft nötig sein, einen Abzug der USA/UNO aus Haiti zu fordern –, aber wir werden nicht die Beendigung von Hilfe fordern, die die haitianischen Massen kriegen können.“

Haiti hatte nach zwei Jahrhunderten der Verwüstung durch koloniale und imperialistische Unterjochung schon vor dem Erdbeben kein Industrieproletariat und fast keine Infrastruktur. Unser Artikel betonte: „Der Schlüssel zur Befreiung Haitis liegt in einer proletarischen Revolution in der gesamten Hemisphäre, bei der die Mobilisierung des beträchtlichen haitianischen Proletariats *in der Diaspora* eine Schlüsselrolle spielen kann.“ Diese Arbeiter können ein lebendiges Bindeglied zum Klassenkampf des mächtigen nordamerikanischen Proletariats sein. Um die multirassische Arbeiterklasse der USA zu einem Verständnis ihrer Rolle als Totengräber des US-Imperialismus zu bringen, ist ein politischer Kampf gegen die verräterischen prokapitalistischen Gewerkschaftsführer notwendig, die die Arbeiterklasse, vor allem durch politische Unterstützung der Demokratischen Partei, an ihre kapitalistischen Ausbeuter ketten. Doch der beträchtliche Anteil des haitianischen Proletariats in Nordamerika wird in dem Artikel der IG zum Erdbeben und in der Polemik der BT gegen uns nicht erwähnt. Hintergrund sind ihre gemeinsamen Bindungen an „fortschrittliche“ falsche Arbeiterführer in den USA. Und hier gibt es trotz ihrer sonst unterschiedlichen Begierden eine wirkliche politische „Einheit“ zwischen IG und BT.

Bande, die verpflichten

In den internen Mitteilungen der BT verweist der nachgeordnete Oberführer der Gruppe, Tom Riley, auf die Begeisterung sowohl der BT als auch der IG über den Hafен-

streik gegen den Krieg, den die International Longshore and Warehouse Union (ILWU) [Hafenarbeitergewerkschaft] 2008 an der Westküste durchführte, als mögliche Eintrittskarte für eine Umgruppierung. Riley verspottet die Vorstellung der IG über ihre Rolle beim Zustandekommen der Aktion und schreibt: „Ich glaube, die IG hat sich selbst wirklich eingeredet, dass ihr Auftreten bei der Bay-Area-Konferenz und der dortige Verkauf ihrer Broschüre über Arbeiterstreiks gegen den Krieg einen entscheidenden Einfluss ausgeübt haben. Dies ist nicht nur Zynismus, sondern die reinste Wahnvorstellung.“ Dennoch ist er der Meinung, die „Meinungsverschiedenheiten zwischen IKL und IG zur ILWU-Gewerkschaftsaktion stellen für uns eine Gelegenheit dar“, und rät: „Was wir aber VOR ALLEM tun sollten, ist nicht, sie lächerlich zu machen, sondern die Logan-Frage und die Ursprünge der ILWU-Aktion aufzudröseln.“

Mit „dem Aufdröseln der Logan-Frage“ meint Riley, dass die IG vor jeder möglichen Vereinigung den BT-Führer Bill Logan als ihren eigenen „geliebten Führer“ anerkennen muss. Logan – erwiesenermaßen massiver Lügner und Soziopath – wurde 1979 aus unserer Tendenz wegen „Verbrechen gegen kommunistische Moral und grundlegenden menschlichen Anstand“ ausgeschlossen. Unter anderem hatte Logan seine Position in der Organisation als Vorsitzender unserer australischen Sektion dazu benutzt, Paare zu trennen und eine junge Frau zu einer Abtreibung zu drängen und, als dies fehlschlug, zu nötigen, ihr Kind wegzugeben. Als Logan ausgeschlossen wurde, klagte der IG-Führer Jan Norden, der damals ein führendes Mitglied unserer Organisation war, Logan eindringlich und mit Recht an als einen „kriminellen Soziopathen, der von allen Organisationen der Arbeiterklasse ferngehalten werden sollte“ (siehe „On the Logan Regime Part III“ [Über das Logan-Regime, Teil III], *International Information Bulletin* Nr. 16, November 1983, das öffentlich zugänglich ist).

Doch als sich Logan auf einer „Labor Conference to Stop the War“ [Gewerkschaftskonferenz gegen den Krieg] im Oktober 2007 in der Bay Area groteskerweise als Arbeiterführer aus Neuseeland auszugeben versuchte, zog Norden mit. Als ein Spartacist-Sprecher bei der Veranstaltung intervenierte, um Logan als widerlichen und gefährlichen Betrüger zu entlarven, versuchte Jack Heyman, der Lieblingsgewerkschaftsbürokrat von BT und IG, unseren Redner zu unterbrechen und Logan gegen „persönliche Verleumdungen“, wie er es nannte, zu verteidigen. Norden verhielt sich dabei ganz still und ergriff danach das Wort, wobei seine einzige Erwähnung Logans aus einer kurzen, ach so kameradschaftlichen Kritik an Logans Beschreibung eines australischen Gewerkschaftsboykotts bestand, der in den 1930er-Jahren gegen Roheisenlieferungen an Japan geführt wurde und den Logan als Beispiel für proletarischen Klassenkampf gegen den Krieg angeführt hatte. Mit anderen Worten, die IG schloss sich Heyman und der BT dabei an, die verkommene Gestalt Logan als Teil der Arbeiterbewegung anzuerkennen (siehe „Labor Opportunists, Renegades Embrace Bill Logan“ [Gewerkschaftsopportunisten und Renegaten heißen Bill Logan willkommen], *WV* Nr. 901, 26. Oktober 2007).

Das ist der Preis für den Zutritt zum reformistischen Sumpf in der Bay Area, wo sich Leute wie Heyman darauf spezialisiert haben, einer Politik, die die Gewerkschaft an den Klassenfeind kettet, insbesondere an die Demokratische Partei, ein „kämpferisches“ proletarisches Mäntelchen zu verpassen. Das ist es, was am 1. Mai 2008 zum Tragen kam. Der Hafestreik an der Westküste an diesem Tag war eine machtvolle Demonstration der Art von proletarischer Aktion, wie sie gegen die Kriege und Besetzungen des US-Imperialismus mobilisiert werden muss. Doch die Spitzen der ILWU-Internationale kanalisiert die Aktion in „Amerika-loyalen“ Patriotismus und Unterstützung für

Barack Obama, den Kandidaten der Demokratischen Partei für den Posten des Oberbefehlshabers des US-Imperialismus. Jegliche Erwähnung des von Obama befürworteten Kriegs in Afghanistan wurde fallen gelassen.

Die BT stimmt nicht mit der IG darin überein, dass wir über Haiti eine „qualitative Degeneration“ durchgemacht hätten. Freundschaftlich rügt sie die IG-Führer wegen ihrer „absichtlich blinden Loyalität gegenüber allem, was die SL vor ihrem [der IG] eigenen Abgang im Jahr 1996 tat“. Für die BT fand unsere „qualitative Degeneration“ 1983 statt, als wir die konjunkturelle Forderung „Marines raus aus Libanon, sofort und lebend!“ aufstellten, um den verbreiteten Abscheu gegenüber dem Tod von 240 US-Marineinfanteristen aufzugreifen und gegen die imperialistischen Herrscher der USA zu richten. Die BT warf uns „Sozialpatriotismus“ vor, weil wir den Bombenanschlag auf die Kasernen der Marineinfanteristen nicht als einen Akt des „Antiimperialismus“ feierten.

Auf der Titelseite von *WV* war unsere Libanon-Losung mit der Forderung verbunden: „USA raus aus Grenada, tot oder lebend!“ (siehe *WV* Nr. 341, 4. November 1983). Wir gaben bei dem blutigen Bürgerkrieg im Libanon keiner der kämpfenden Parteien militärische Unterstützung, und es war dort keine Kraft bekannt, die gegen die US-Imperialisten kämpfte. In Grenada hatten wir eine Seite zu beziehen: mit den Kubanern und anderen, die *tatsächlich* gegen die US-imperialistischen Invasoren kämpften. Zu jener Zeit erhoben wir auch die Losung „Tötet die Invasoren“ gegen konterrevolutionäre CIA-Banden, die das linksgerichtete Sandinistenregime in Nicaragua zu stürzen versuchten; wir begrüßten die sowjetische Rote Armee in Afghanistan und forderten sie dazu auf, die vom Imperialismus unterstützten islamischen Reaktionen zu vernichten; und wir unterstützten die Unterdrückung der imperialistisch geförderten Konterrevolution der Solidarność in Polen.

Nichts davon taten wir, um uns an Leichen zu ergötzen, sondern wir taten es aus unserer revolutionär-internationalistischen Verpflichtung heraus, mit der imperialistischen Barbarei Schluss zu machen. Wie wir in „Marxismus und Blutrünstigkeit“ (*Spartakist* Nr. 49, März 1984) schrieben: „Wir sind für den Sieg einer gerechten Sache. Notwendigerweise steht im Mittelpunkt der gerechten Sache vor allen Dingen die Zerschlagung der Ausbeuter- und Unterdrückerklassen und der Sieg des Sozialismus“ (Hervorhebung im Original). Im Gegensatz dazu war, wie wir damals bemerkten, die Blutrünstigkeit der BT eine zweckdienliche gegen uns gerichtete Pose und umgekehrt proportional zur Entfernung vom Ort des Blutvergießens. Schließlich sind die Gründungsmitglieder der BT eine Ansammlung erbitterter Ex-Mitglieder unserer Organisation, die Anfang der 1980er-Jahre, als der scharfe Wind des zweiten Kalten Krieges blies, wegen unserer Politik der Verteidigung der Sowjetunion kalte Füße bekamen.

Obleich die IG schon einigermaßen dabei ist, die Verbrechen des BT-Führers Bill Logan zu vergeben und zu vergessen, hat Logan selbst die Auffassung geäußert, „einige gegenwärtige Mitglieder der IG wären nicht zu der persönlichen Veränderung fähig, die eine Fusion verlangt“. Vielleicht kann Logan seine gut belegten Fachkenntnisse in sadistischen und kultähnlichen Praktiken für solch eine „persönliche Veränderung“ einsetzen. Heute macht der BT-Führer für seine Dienste als „Zebrant“ Reklame – die New-Age-Version eines Gesundheitsbeters –, der sich auf „Trauerfälle“, „Untreue“, „Zerrüttung von Partnerschaften“, „sexuelle Fragen“ spezialisiert hat und auf weitere Zeremonien, die von den „anglikanischen und presbyterianischen Einflüssen meiner Kindheit“ stammen. Wenn bei dem „Umgruppierungstanz“ der BT mit der IG alles gut läuft, kann Logan die Trauungszeremonie vollziehen. ■

SPARTAKIST

Erdbebenkatastrophe in Haiti:



Reuters

Port-au-Prince, Haiti, Mitte Januar, einige Tage nach dem verheerenden Erdbeben

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 951, 29. Januar.

Jedes Land, dessen Hauptstadt von einem Erdbeben der Stärke 7,0 auf der Richter-Skala heimgesucht würde, hätte unter schweren Schäden zu leiden, doch das unvorstellbare Ausmaß der Todesopfer und der Zerstörung in Haiti ist ein Maßstab für die Armut, in der dieses Land von seinen rassistischen, imperialistischen Oberherren gehalten wird. Man geht von über 200 000 Toten aus, und jeden Tag sterben noch viel mehr Menschen aus Mangel an Nahrungsmitteln und sauberem Wasser und an unbehandelten Infektionen. Bis zu drei Millionen Menschen sind obdachlos geworden und versuchen auf den Straßen inmitten der Trümmer zu überleben. Ärzte und Krankenschwestern, die eingeflogen sind, um Hilfe zu leisten, operieren in behelfsmäßigen „Krankenhäusern“ unter freiem Himmel, oft ohne Betäubungsmittel oder sogar ohne die Möglichkeit, ihre Instrumente keimfrei zu machen. Was von der maroden Staatsverwaltung noch übrig war, ist zusammengebrochen, und die Regierung betreibt ihre Geschäfte jetzt von einem Polizeistützpunkt am Flughafen aus.

Haiti, das ärmste Land der Hemisphäre, war den Auswirkungen des Erdbebens völlig schutzlos ausgeliefert. Schon vor der Erdbebenkatastrophe lag die Arbeitslosenquote bei 80 Prozent, mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebte von weniger als einem Dollar pro Tag und fast jeder zweite Haitianer hatte keinen regelmäßigen Zugang zu Trinkwasser. Da es kaum eine einheimische Arbeiterklasse gibt, sind viele

Haitianer auf Geldüberweisungen haitianischer Arbeiter in den USA, Kanada und anderswo angewiesen, die fast ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Viele Menschen lebten in Blechverschlägen, die bei dem Erdbeben einstürzten, und viele der Betongebäude waren so mangelhaft gebaut, dass sie einfach in sich zusammensackten.

Angesichts der Verelendung und des Fehlens von Infrastruktur ist die haitianische Bevölkerung nun völlig auf internationale Hilfsleistungen angewiesen. Tausende freiwillige Rettungskräfte aus vielen Ländern eilten nach Haiti, um zu helfen. Gleichzeitig verstärkten die Vereinten Nationen ihre 9000 Mann starke Besatzungstruppe um zusätzliche 3500 Soldaten, und die Obama-Regierung beeilte sich, 10 000 Soldaten wie auch Militärflugzeuge und eine Kriegsflotte zu schicken. Während reformistische „Sozialisten“ wie die International Socialist Organisation (ISO) und die Workers World Party (WWP) die USA auffordern, Hilfe ohne die Ausübung amerikanischer militärischer Macht zu leisten, haben wir solche Illusionen nicht. Tatsächlich legen die amerikanischen Streitkräfte in Haiti mehr Wert auf „Sicherheit“ als auf Hilfeleistung. Während viele Flugzeuge mit Hilfslieferungen auf dem Flughafen von Port-au-Prince gelandet sind, der jetzt von den US-Streitkräften kontrolliert wird, wurden andere kriminellerweise umgeleitet, da die USA Flugzeugen mit Militärpersonal bevorzugt Landegenehmigung erteilen.

Fortgesetzt auf Seite 17